

DIALOG

FÜR EIN BRANDENBURG
DER REGIONEN

Dialog-Heft - „Eröffnung der Leitbilddebatte“

Potsdam, im Dezember 2007

Grußwort

Als die LINKE im Jahr 2005 mit der Leitbilddebatte begann, geschah das aus der Erfahrung, dass die Landesregierung trotz vieler Versuche unsererseits nicht bereit war, ein parteiübergreifendes Leitbild für die Zukunft des Landes zu entwickeln und zu diskutieren. Die LINKE. war und ist der Überzeugung, dass der zentrale Gedanke im Leitbild der SPD/CDU Koalition falsch ist. Das Land Brandenburg ist nicht nur der Ausstrahlungsraum einer hell erleuchteten Berliner Metropolregion mit erweitertem Speckgürtel.

DIE LINKE. ist der Überzeugung, dass dieser Gedanke keine zukunftsweisende Perspektive für das Land Brandenburg enthält. Aus der Kritik am Metropolenkonzept haben wir die Idee vom Brandenburg der Regionen entwickelt, denn das Land mit seiner nunmehr 850-jährigen Geschichte besteht aus vielen gleichermaßen liebens- und lebenswerten Regionen. Wir wollen, dass das in weiteren 850 Jahren immer noch so ist.

Deshalb hat DIE LINKE. die Leitbilddebatte im Jahr 2006 zu einer landesweiten Kampagne ausgedehnt. In dieser Kampagne wurden neben vielen anderen Veranstaltungen auch Diskussionen und Fachkonferenzen zu unterschiedlichen Themen durchgeführt, die wir nun beginnen, der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die vorliegende Broschüre ist eine Dokumentation der Eröffnung der Leitbilddebatte auf der 3. Tagung des 9. Landesparteitages in Cottbus am 28. 10. 2006 in Cottbus.

DIE LINKE. macht damit einen weiteren Schritt in die Öffentlichkeit, um den Dialog für ein Brandenburg der Regionen auch mit Ihnen und mit Dir zu führen. Schreiben Sie uns Ihre/ Schreibe uns Deine Meinung zur Broschüre, diskutiere das Leitbild mit uns oder besuche unsere homepage unter <http://dialog.dielinke-brandenburg.de/> und nutze sie das Leitbildwiki, um Ihre Änderungen direkt im Leitbildentwurf einzutragen.

Thomas Nord

(Landesvorsitzender)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|----------------------------|----|
| Kerstin Kaiser..... | 5 |
| Anita Tack..... | 14 |
| Stefan Ludwig..... | 17 |
| Gerrit Große..... | 20 |
| Wolfgang Neskovic..... | 22 |
| Wolfgang Neskovic (2)..... | 27 |
| Christian Görke..... | 35 |
| Kornelia Wehlan..... | 38 |
| Kirsten Tackmann..... | 42 |
| Ralf Christoffers..... | 45 |
| Gerd-Rüdiger Hoffmann..... | 49 |

Kerstin Kaiser

Vorsitzende der Fraktion Die Linke. PDS im Landtag Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir in der Landtagsfraktion haben Wort gehalten: Das „Leitbild für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“ liegt auf dem Tisch. Der Entwurf für ein Brandenburg – nicht angehängt an die Metropole, nicht abgehängt am Rand, für ein Land der Regionen. Wir alle wollen hier in diesem Land leben und bleiben, teilhaben an Arbeit und Zukunft, den Weg der Region Berlin-Brandenburg mitbestimmen und mit gestalten.

Wir haben uns dem Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler, auch eurem Auftrag mit dem Wahlprogramm gestellt, die Alltagsfragen, die Lebensprobleme der BrandenburgerInnen zum Ausgangspunkt und zum Mittelpunkt unserer Arbeit zu machen. Das tun die Regierenden eben leider nicht. Dazu braucht es die Linkspartei, das macht uns zum Salz in der Suppe der Politik. Und so sie weiter Sozialraub betreiben, müssen wir ihnen die Suppe auch versalzen. Den Großen Koalitionen in Berlin und Potsdam steht und wächst eine neue, erstarkte Linke entgegen. Die CDU im Land vermisst angeblich die Opposition, lehnt es aber täglich ab, über irgendeinen unserer Anträge und Vorschläge zu diskutieren. Die SPD hält ihre Politik für alternativlos und unsere Vorschläge für überflüssig.

Aber erst in diesen Tagen war es doch deutlich – bei den Debatten über die unsoziale, ungerechte Gesundheitsreform, bei den Themen Hartz IV, Arbeitsmarkt und bezahlbarem ÖPNV: Weder SPD noch CDU interessiert es überhaupt, wie arbeitslose Brandenburger mit ALG II leben können, wo es für gutes Essen, die S-Bahn-Fahrt und die Kino-Karte nicht reicht. Wie sie sich entwürdigt fühlen in Ämtern, die ihnen keine Arbeitsplätze bieten, sondern sie immer mehr kontrollieren. Wie sie sich sorgen um ihre Kinder, deren Ausgrenzung schon dort beginnt, wo das Essengeld für die Kita fehlt und die Schultüte kleiner ausfällt. Dass die Vorauszahlung für die Schulbücher für Eltern, die ALG II beziehen, eine unlösbare Rechenaufgabe darstellen kann und Kinder am Wandertag eben zu Hause bleiben müssen – das hat unsere Regierung bislang stets abgestritten. Dass Vielen die 10 € für den Arzt fehlen, glaubt sie nicht. Dennoch – und das ist auch Wirkung unserer Beharrlichkeit im Landtag – hat die Landesregierung nun einen Bericht zu Lebenslagen in Auftrag gegeben um endlich Aufschluss zu erhalten über Armut, die es ihrer Meinung nach angeblich so nicht gibt.

Was da im Entwurf zur Diskussion vor euch liegt, hat viel Arbeit gemacht und uns viel Freude bereitet in den letzten zwölf Monaten. 29 Abgeordnete - im Dialog und Meinungsstreit mit Wissenschaftlern - unsere Referenten und Mitarbeiter: wir sind daran gewachsen, auch zusammengewachsen. Unser Arbeitsergebnis stärkt und motiviert uns für die weitere Arbeit vor Ort, in den Wahlkreisen, angesichts der Ablehnungsfront im Parlament. Es soll unser roter Faden sein.

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, waren in dem Jahr ja z. T. miteinander im Gespräch - mit dem Landesvorstand den Kreistagsfraktionen, vor Ort. Das Leitbild ist unser Beitrag auch für eine erfolgreiche neue Linkspartei. Erfolg haben wir nur, wenn wir glaubwürdig sind und einig handeln. Um dies zu können, müssen auch wir, muss die neue Linkspartei eine Partei des Dialogs sein und werden.

Genau eine Woche, nachdem die Parteivorstände von Linkspartei.PDS und WASG die Gründungsdokumente für die neue Partei im Entwurf verabschiedet haben, wird die historische Herausforderung deutlich, - angesichts unserer eigenen Fragen zum demokratischen Sozialismus und auch nach dem Demokratieverständnis. Als Landtagsfraktion kommen wir hierher, auf unseren Landesparteitag, und werben um Eure aktive Unterstützung. (Denn wir möchten nicht nur, dass Ihr uns mehr oder weniger freundlich gewähren lasst.) Um mit der mit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land über die Zukunft der Region Brandenburg-Berlin zu sprechen, braucht es die Kraft der ganzen Partei. Über das, was getan werden getan kann und vor allem getan werden muss, damit ein Leben hier, Arbeit und Politik einen Sinn haben.

Wir sind uns – denke ich - einig: Linke Politik hat zum Zweck, das Leben der Menschen hier und heute zu verbessern, die soziale Balance in der Gesellschaft zu sichern, niemanden abzuhängen oder auszugrenzen. Sie will eine lebenswerte Perspektive schaffen – ganz ernsthaft und ganz konkret. Eben deshalb finden wir uns auch nicht ab mit der Verteilung von Macht und Ohnmacht, von Reichtum und Armut, von Recht und Unrecht, von Privileg und Benachteiligung. Deswegen bleiben wir beim Protest gegen Ungerechtigkeiten nicht stehen, sondern haben stets deren Überwindung im Auge. Aus der Empörung muss ein politischer Impuls erwachsen, der zumindest erst einmal dazu reicht, Schaden von Menschen abzuwenden, der möglichst dazu führt, den Betroffenen ein Stück weit mehr Chancen und dazu auch die notwendige Basis zu verschaffen, die man braucht, um Chancen - bei allen immer damit verbundenen Risiken- auch zu ergreifen.

Und politische Impulse dieser Art sollen schließlich Stück für Stück den Weg zu einem Transformationsprozess zu einer Gesellschaft öffnen, in der soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller herrschen, in der die Dominanz des Profitprinzips gebrochen ist, in der die Freiheit des einzelnen die Grundbedingungen für die Freiheit aller ist, in der die Menschen ihre Angelegenheiten selbstbestimmt regeln, einer Gesellschaft, die friedlich und ökologisch nachhaltig lebt. Dieses politische Verständnis insgesamt – nicht nur der angestrebte gesellschaftliche Zustand – macht das aus, was wir in unserer Partei unter demokratischem Sozialismus verstehen. (Aus einem anderen Blickwinkel heraus haben wir das mit dem „strategischen Dreieck“ beschrieben.) Lasst es mich auf den Punkt bringen:

An diesem demokratischen Sozialismus richten wir uns aus. Die Partei, auch und gerade die neue, die wir aufbauen wollen – sie ist eines der Mittel, die wir brauchen, um diese Aufgabe zu bewältigen. Sie führt uns zusammen, macht uns im wechselseitigen Austausch klüger und damit auch stärker. Wir wollen und müssen diese Linke offen gestalten, sie soll lebendiger Kern einer gesellschaftlichen Bewegung sein, aus der heraus die notwendigen Veränderungen

erwachsen können. Das vorliegende Leitbild soll für uns das Instrument sein, ein Stück des Weges in Brandenburg mit zu gestalten. Unsere Methode ist der Dialog.

Die Demonstrationen vor einer Woche gegen den Sozialabbau waren eine Ermutigung, 200 T. Leute auf den Straßen. Auch wir. Dennoch: Brandenburg ist nicht Frankreich. Ablehnung, Protest, Depression äußern sich hierzulande eben auch im Rückzug ins Private, in Abwanderung, in Wahlverweigerung. Aber die uns vertraute Empfehlung aus den Feuerbachthesen, nicht die Interpretationen, sondern die tatsächliche Veränderung der Welt in den Mittelpunkt unseres Tuns zu stellen, bleibt uns auch mit der neuen Partei ja erhalten. Entscheidend bleiben die Erwartungen, die viele Menschen im Land an uns richteten und richten. 372.250 waren es den Erststimmen nach bei den Landtagswahlen 2004 – so viele wie bei keiner anderen Partei. Ihr Votum trägt unsere Landtagsfraktion – ihnen gegenüber sind wir verpflichtet. Noch einmal rund 50.000 mehr – nämlich 423.111 Brandenburgerinnen und Brandenburger – haben bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr für das Projekt der neuen Linkspartei gestimmt. Das macht deutlich: Die Anforderungen, die Erwartungen sind gewachsen.

Wir stehen für eine Politik, die sich beim Wort nehmen lässt. Die nicht falsche Versprechungen macht und gerade deswegen die Lage der Menschen verbessert – das ist eine ihrer zentralen Botschaften. Deshalb sind wir gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums als alleiniges Prinzip, deshalb bleibt die Linkspartei in Berlin bei Bildung als unumstößlicher Priorität, trotz Haushaltskrise. In diesem Sinne sind und bleiben wir realistisch und pragmatisch. Wir stellen uns diesem Anspruch auch und gerade dadurch, dass wir jetzt mit all unserer Kraft – mit der Kraft der Fraktion und mit der Kraft des Landesverbandes – anhand des Leitbildes - eine ernsthafte, breite und auf eine politische Neuausrichtung orientierte Zukunftsdiskussion anstoßen und zu politischen, zu gesellschaftlichen Ergebnissen führen. Nun wurde ich sofort bei der Vorstellung des Leitbildes gefragt, ob wir damit nun nicht koalitionsfähiger seien, SPD-kompatibler, pflegeleichter sozusagen. Natürlich nicht! Regierungstauglich? Das schon.

Allerdings: Sollte die SPD in Brandenburg weiter so bleiben wie sie seit Jahren ist, sollte sie weiter Hartz IV als alternativlos gegen die Arbeitslosen verteidigen, Beitragssteigerungen für Krankenkassen und 3% Plus-Mehrwertsteuer befürworten, Bildungsoffensive und Familienfreundlichkeit im Land nur als Fahne vor sich hertragen, dauernd vor der CDU einknicken und ihre Entscheidungen weiter zentralistisch verordnen, dann sind wir dazu natürlich nicht kompatibel. Und so beschreibt unser Leitbild eben die soziale Alternative, deshalb ist und bleibt es – trotz gleicher Stichworte oder Überschriften ein Gegenentwurf. Wir nehmen unsere politische Arbeit in jeder parlamentarischen Rolle gleichermaßen ernst: wir fühlen uns verantwortlich und gestalten mit - als Opposition, als tolerierende Kraft oder in einer Regierung. (Hierauf einigte sich die PDS Brandenburg im Februar 1995 auf dem Oranienburger Parteitag.)

An komplexen Programmen für eine stabile, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung unseres Landes haben wir schon immer gearbeitet – mit vorzeigbaren Ergebnissen: - Schon 1991 gab es im Ergebnis der ersten Arbeiten ein dickes Buch

„Brandenburg: Streusandbüchse als Wirtschaftsstandort“. Viele von euch werden sich noch erinnern. - 1994 folgte „Brandenburg: Beschäftigungs- und Modernisierungsprojekt“. - Ende der 90er Jahre arbeitete die Fraktion an einer „Vision Brandenburg 2010“ – Lothar Bisky und unser damaliger Landesvorsitzender Wolfgang Thiel haben einiges davon öffentlich gemacht. Ein großer Teil dieser Arbeiten stand im Zusammenhang mit dem „Rostocker Manifest“ der Bundespartei – das war damals, 1998, der erste Entwurf einer europäisch orientierten Regionalisierungsstrategie für Ostdeutschland. Eine erste Antwort auf die sozialökonomischen Folgen der Kohlschen Vereinigungspolitik wie auf die Herausforderungen der Globalisierung. Andere Parteien haben manches davon abgeschrieben, ohne es allerdings umzusetzen ... - Anfang und Mitte dieses Jahrzehnts nahmen wir in Brandenburg einen neuen Anlauf. Ergebnis waren unser Wahlprogramm 2004 – und das damit zusammen vorgelegte Perspektivprogramm „Brandenburg 2020“. Daran wiederum erinnern wir uns sicher alle noch.

Auf dieser Grundlage hat unsere Fraktion gearbeitet. Trotz unserer beschränkten Zuständigkeit in der Landespolitik haben wir den zeitweiligen Bundespolitiker Platzeck und die Koalition mit bundespolitisch angebundenen Themen konfrontiert und u. a. bei Föderalismus, Hartz IV, Finanzen, Gesundheit festgestellt, dass die Landesregierung lammfromm alles hinnimmt, was von oben kommt. Auch übrigens, wenn es dem Land schadet oder Nachteile verschafft. Seit 2004 haben wir 109 Anträge im Landtag gestellt und 5 Gesetzesentwürfe eingebracht: Wir haben ein Schulgesetz und ein Kita-Gesetz entwickelt. Wir haben Vorschläge zur Bildungsplanung gemacht und für Zielvereinbarungen mit den Hochschulen. Wir haben ein Gesetz zur Wirtschaftsförderung eingebracht und uns für eine Investitionsbank des Landes Brandenburg eingesetzt. Wir haben uns um die Berufsausbildung im Land gekümmert und für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen gekämpft.

Wir haben für eine moderne Kommunalverfassung und für eine kommunale Investitionszuschüsse gearbeitet. Wir wollten die kommunalen Haushalte stärken – auch und gerade angesichts der Herausforderungen durch Hartz IV – und das Gemeindefinanzrecht im Interesse der Kommunen und der Bürgerinnen umgestalten. Wir haben ein Mobilitätssicherungskonzept bis 2010 vorgelegt. Wir haben die Rechte der ostdeutschen Agrarbetriebe verteidigt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Kultur ihren Platz im Grundgesetz erhält. Wir haben für die Direktwahl der Landräte plädiert und für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Wir haben darauf gedrungen, dass Brandenburg engagiert seine Rolle im deutschen Föderalismus spielt – sei es bei der Bildung, in Sachen Umwelt, bei Verkehrsprojekten der bezüglich der Standards im öffentlichen Dienst.

Und wir haben uns für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unserem EU-Nachbar Polen und für die optimale Nutzung der EU-Strukturfonds eingesetzt. Schließlich haben wir uns engagiert mit der dann gescheiterten EU-Verfassung und mit der neoliberalen EU-Dienstleistungsrichtlinie auseinandergesetzt.

Liebe Genossinnen und Genossen, Ihr habt beim Lesen des Diskussionsentwurfs unseres Leitbildes sicher gemerkt: Ja, auf allen dort beschriebenen strategischen Handlungsfeldern für

Brandenburgs Zukunft waren und sind wir bereits aktiv. Wir haben unsere Leitmotive benannt, die – nach Eurer und unserer Erfahrung – Euch nicht fremd sein dürften:

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen, dann sei z. B. an das Lausitz-Konzept erinnert, an unseren Kampf für gerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden und unseren Einsatz für das Ausschöpfen aller Fördermöglichkeiten, nicht nur für Großprojekte. Wir nehmen die Verfassung ernst.

2. Demokratische Teilhabe, dann sei an die Volksgesetzgebung, das Wahlalter 16, aber auch an die Gemeindegebietsreform erinnert. Und gestattet mir – aus aktuellem Anlass – noch die Anmerkung: Demokratie geht auch vor die Hunde, wenn man über Jahrzehnte Kraft politischer Mehrheiten zugunsten der Reichen umverteilt, wenn man nicht verhindert, dass Menschen aus dem Erwerbsleben rausgestoßen werden, wenn man das soziale Netz zerschneidet und das Bildungssystem aushöhlt und dann die Betroffenen auch noch beschimpft, sie seien selbst daran schuld, wenn ihre Kenntnisse, ihre Kraft, ihre Motivation für den sogen. freien Markt nicht reichten.

3. Arbeit für ein Leben in Würde – sind die Themen z. B. Grundsicherung, Mindestlöhne, öffentlich finanzierte Beschäftigung.

4. Die ökologische Herausforderung als Chance: In dem Zusammenhang sind z. B. umweltverträgliche Landwirtschaft - Produktion Hand in Hand mit Naturschutz und Landschaftspflege, Wissenschaft und erneuerbare Energien die Stichworte.

5. Demografischen Wandel gestalten: Die soziale Balance in der sich verändernden Gesellschaft bleibt das A und O, wir versuchen vor Ort und im Land, Chancen zu nutzen, vorausschauend so zu gestalten, dass Kinderfreundlichkeit und Bildungschancen für Kinder, nicht gegen die nötigen Angebote für Ältere ausgespielt werden.

Zu Recht fragt man uns: Wie wollt ihr das bezahlen? Die öffentlichen Haushalte wurden entleert. Die Summe ihrer Verschuldung von 1,5 Billionen Euro in der Bundesrepublik nenne ich Schuldschein der Schande. Für ihn gibt es Verantwortliche: Regierungen, Parlamentsmehrheiten. Wir verschließen uns der Aufgabe Haushaltskonsolidierung nicht. Aber: Wir verschließen uns der Denkweise, dass Haushaltssanierung immer nur auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, der Erwerbslosen, der Rentner, der sozial Benachteiligten zu geschehen hat. Dieser Schuldschein der Schande ist Ergebnis absichtsvoller Politik, die Reiche noch reicher macht. Die nicht zuletzt die aktuellen Debatten um so genannten „Unterschichten“ belegen: So werden Sozialstaat und Gesellschaft zerstört, und zwar durch die, die gern „Oberschicht“ bleiben wollen. Deshalb bleiben wir bei dem Vorschlag einer solidarischen, sozial gerechten Steuerreform. Ausgehend von unserem vorliegenden Steuerkonzept sehen wir auch die Möglichkeit solider Finanz- und Haushaltspolitik im Leitbildentwurf.

Aus all den genannten Gründen kann ich hier feststellen:

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Partei in Brandenburg, die eine Strategie für die Zukunft des Landes hat und verfolgt – wir sind die Zukunftspartei in diesem Land! Was

zwei Landesregierungen vor wenigen Monaten mit der „Metropolenregion“ vorgelegt haben, liebe Genossinnen und Genossen, und was die SPD jetzt als das Ihre verkauft – das ist nicht mehr als die Bestandsaufnahme des wenigen, was ihnen aus eigener Kraft zu der Herausforderung des wirklichen Lebens einfällt. Unsere Vorlagen und Vorschläge dazu wurden als überflüssig zensiert und abgewiesen, wie 2004 unser Wahl- und unser Perspektivprogramm in den Sondierungsgesprächen. Seither läuft das so im Landtag, weil die CDU sich und damit der Koalition ein striktes Kooperationsverbot gegenüber der Linkspartei. PDS auferlegt hat. Nein, die Sozialdemokraten sind freiwillig eingesperrt im Korsett der Großen Koalition, Disziplin gegenüber der CDU zählt mehr als konstruktive Arbeit.

Und was fiel ihnen nun selber ein? Viel ist das nicht: Nicht zu ändern, was schwierig zu machen ist: Bewältigung der sozialen Probleme, der Arbeitslosigkeit, Perspektive für die strukturschwachen Regionen. Sich abfinden mit den Problemen – das wird als „Pragmatismus“, „Realismus“, „Nüchternheit“ verkauft. Hoffen auf das, was relativ stark ist: Berlin, der Speckgürtel. Es ist natürlich richtig, dass sich Berlin aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit heraus im globalen Städte- und Regionenwettbewerb aktiv aufstellt – und dabei sein Umland mitdenkt. Der rot-rote Senat hat dabei im gemeinsamen Leitbild für seine Stadt viel herausgeholt – und auch Dinge verankert, die für uns gut sind. (Liberalität, Weltoffenheit ...) Aber:

Nicht ein einziges Konzept für eine andere Metropolen-Region erhebt den Anspruch, einem ganzen Bundesland die Lösung seiner Probleme zu bringen: Nicht Hannover, nicht Nürnberg-Fürth ...! Die Landesregierung und die SPD, liebe Genossinnen und Genossen, hat ein defizitäres und defensives Leitbild vorgelegt.

Nein, schlimmer noch: Sie hat ein solches Leitbild dem Land verordnet! Ein-, zweimal gab es wenigstens die Möglichkeit, dass sich Vertreter der Kommunen, Landkreise und Regionen gegenüber der Landesregierung äußern durften – manche der dort erhobenen Einwände fanden sogar Eingang in die Formulierungen der Hochglanzbroschüre vom Frühsommer, nicht aber in die konkrete Politik: Nicht in den Haushalt 2007, nicht in den Entwurf des Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramm mit Berlin. Auch auf dieser Strecke ist noch viel Kampf notwendig, liebe Genossinnen und Genossen, damit wenigstens die unterstützenswerten, guten Gedanken, die mit unter dem Druck unserer Berliner Regierungsmitglieder in das Leitbild gekommen sind, auch eine Chance haben, politische Realität zu werden!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns ein hohes Ziel gesetzt: Ein Leitbild zu erarbeiten für die Landesentwicklung, „für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg.“ Das ist präzise und politisch korrekt. Für manch einen gaben wir offensichtlich in den letzten zwei Wochen aber auch Anlass zum Lästern, zur Beschwerde, zur Nachfrage: Auf dem Deckel unseres Arbeitsheftes steht: „UNSRE HEIMAT ... Dialog für ein Brandenburg der Regionen“. Warum ist jetzt plötzlich von Heimat die Rede? Ist das erlaubt? Ist das ein „linkes Wort“? Ein wissenschaftlicher Begriff? Hang zum Populismus?

Interessant war, dass sich kaum jemand dagegen gewandt hat, dass das Motto unserer Kampagne eigentlich das vielen noch bekannte Pionierlied von „unserer Heimat“ assoziiert,

die mehr sei als die Städte und Dörfer und die wir verteidigen, „weil sie dem Volke gehört, weil sie unserem Volke gehört“? Nein, um das Wort „Heimat“ ging es. Wir haben uns natürlich gefragt, warum. Weil „Heimat“ historisch hinreichend diskreditiert ist? Weil ein fundamentalistisch verstandenes Recht auf Heimat Ideologie und Triebkraft für neue nationale und ethnische Konflikte ist? Weil – genauso wie die Sehnsüchte nach Erlösung – die Sehnsucht nach Heimat in Ideologie und Eiferertum umschlagen kann? Weil für den Intellektuellen die Rolle der Nicht- Zugehörigkeit die Chance des freien, klaren Blicks bietet? Weil das Wort Heimat“ von den Rechtsextremen und von den Ewiggestrigen in den Vertriebenenverbänden okkupiert und missbraucht wird?

Also suchen wir nach Erklärung, wir brauchen da kein Tabu, es hilft auch nichts. Wir setzen den so genannten „Heimatvertriebenen“ bewusst unsere Auffassung entgegen, im Hier und Heute. Einst gab es im SPIEGEL eine Umfrage zum Heimat-Verständnis der Deutschen. Danach war für 31 Prozent der Wohnort die Heimat, für 27 Prozent der Geburtsort, für 25 Prozent die Familie und für sechs Prozent der Freundeskreis. Nur elf Prozent sagten, für sie sei „Deutschland“ die Heimat. Für die Menschen, mit denen wir über unser Leitbild, über die Zukunft Brandenburgs reden wollen, hat die Heimat also einerseits sehr viel mit Herkunft, Wurzeln und vertrauter Umgebung zu tun – andererseits mit sozialen Kontakten und Bindungen. Und vor diesem Hintergrund sage ich: auch Menschen in Brandenburg haben in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten in ihrem Erleben eher vielleicht zu wenig als zu viel Heimat gefunden. Wurzeln sind gekappt, soziale Kontakte erodieren. Zu viele wurden arbeitslos, Familienmitglieder und Freunde wandern ab. Es lebt sich unsicher, wo Schulen und Geschäfte geschlossen werden, Busse selten oder nicht mehr fahren, Klubs und Gaststätten leer stehen.

Aber wir, liebe Genossinnen und Genossen – wir wollen doch, dass die Menschen bei sich bleiben oder neu verwurzeln können. und zu ihren Wurzeln finden. Authentisch leben können, ohne sich zu verbiegen, ohne Existenzangst – das ist doch die Voraussetzung dafür, um mit der Familie glücklich zu sein, Freundschaften zu pflegen, einander zu helfen und zu stützen, ja die Voraussetzung dafür, mit zu gestalten. „Die Wurzel der Geschichte aber“, so schreibt der große marxistische Philosoph Ernst Bloch in „Das Prinzip Hoffnung“, „ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“ Um diese „Utopie vom Umbau der Welt in Heimat“ sollte es uns gehen – und deswegen muss uns die Inanspruchnahme des Wortes Heimat durch die Rechtsextremen so sehr beunruhigen, dass wir sie einfach nicht hinnehmen! Wir wollen nicht dahin kommen, Themen und Begriffe des politischen und kulturellen Alltags einfach fallen zu lassen, nur weil die Neo-Nazis ihre Finger danach ausstrecken! Wollen wir Bloch, der in den 50er Jahren aus der DDR heraus gedrängt wurde, jetzt mitsamt seiner Utopie endgültig vergessen machen, weil wir uns vor der NPD scheuen? Nein, das glaube ich nicht.

Die gestärkt agierende NPD wird nur so gut und erfolgreich, wie die anderen, die demokratischen Parteien sie sein lassen. Auch hier gilt: Wenn die DVU im Landtag oder die NPD bestehende Probleme anspricht, hilft es uns kein bisschen, die verbale Nazi-Keule zu

schwingen. Als demokratische Politiker sollten wir rechtzeitig die Themen identifizieren, mit denen sie kampagnefähig werden könnte, und diese – ohne deren Jargon und Populismus zu übernehmen - selbst besetzen. Wir akzeptieren nicht, den sich zunehmend organisierenden NPD-Neonazis hinterher zu hecheln, liebe Genossinnen und Genossen, wir überlassen ihnen unser Land nicht. Wir als Linkspartei.PDS nicht. Und wir als Brandenburgerinnen und Brandenburger nicht. Und am 18. November in Halbe - zeigen wir das!

Es ist schon ein Ergebnis unseres langjährigen sachlichen Bemühens und sicher auch ein Erfolg von Abgeordnetenkollegen der SPD – genannt sei der Präsident Gunter Fritsch – dass Minister Schönbohm in den Auseinandersetzungen um das Versammlungsgesetz und den Tag der Demokraten in Halbe am 18.11. erstmals die Linkspartei als zum demokratischen Spektrum gehörig akzeptierte. Wir wollen das nicht überbewerten, aber registriert haben wir es schon. Sorgen wir – auch mit den Themen und der Kultur unserer Leitbild-Debatte – mit dafür, dass jeder Tag ein Tag der Demokraten ist. Wir wollen demokratische, soziale und ökologische Alternativen heraus arbeiten und schließlich gesellschaftlich wie politisch mehrheitsfähig machen. Wir wollen eine andere Politik in Brandenburg, starke Alternativen innerhalb des demokratischen Spektrums und damit auch eine Gesellschaft und einen Landtag, wo DVU und NPD keinen Platz mehr haben, weil kaum noch jemand meint, sie brauchen zu können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

jetzt steht zur Diskussion, wie sich die Linksfraktion im Landtag ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg, ein Brandenburg der Regionen vorstellt – und wie man das erreichen kann. Das ist etwas Neues, das unterscheidet uns: Wir setzen auf Gestaltung und Teilhabe, auf Solidarität und Nachhaltigkeit. Es ist ein Leitbild für das ganze Land und alle seine Regionen; es sieht Brandenburg in Beziehung zu allen seinen Nachbarn und auch als Teil der Einen Welt. So unterscheidet es sich vom Leitbild der Landesregierung mit seiner Berlin-Zentriertheit. Wir unterscheiden uns aber auch noch in anderer Hinsicht. Unser Leitbild ist ein Arbeitsmaterial, mit dem wir das Land zum Besseren gestalten wollen – seine guten Ansätze enden nicht zwischen den Pappdeckeln einer Glamour-Broschüre und als Nebelvorhang vor dem Abbau sozialer Standards und dem Abhängen ganzer Regionen. Bei der Bestimmung der strategischen Handlungsfelder erheben wir Wissen und Bildung tatsächlich zur politischen Priorität - einen Haushaltsvorbehalt lassen wir hier nicht zu.

In der Wirtschaftsförderung wollen wir die Instrumente den sektoralen und regionalen Bedingungen anzupassen – und nicht umgekehrt. Es reicht nicht, bestehende Strukturen als Zukunftsbranchen fortzuschreiben. Je besser die Konzentration auf wenige Branchen gelingt, desto effektiver kann die knapp bemessene Förderung funktionieren. Wir wollen die Städte stärken und so den Rückzug öffentlicher Institutionen aus ganzen Teilen des Landes verhindern. Ein landesweites Netz von starken Zentren, die ihren Regionen als wirtschaftliche Lokomotiven, Arbeitsplatzzentren, öffentliche Dienstleister, kulturelle Mittelpunkte und soziale Versorger dienen, ist unverzichtbar. Für all das suchen wir den Dialog.

Wir verabschieden uns von der Politik der Verordnung, wir leben die Politik des Dialogs. Mit ihrem Leitbild wollte die Landesregierung die Diskussion beenden – mit unserem

Leitbildentwurf kann und wird nun die dringend notwendige Zukunftsdebatte für unser Land beginnen! Und gestattet mir, liebe Genossinnen und Genossen, an dieser Stelle noch ein persönliches Wort. Seit fast genau einem Jahr bin ich nun Fraktionsvorsitzende. An manchen Stellen ist das komplizierter und schwerer, als ich es mir habe träumen lassen, aber auch viel interessanter. Auch wenn es mitunter in Abrede gestellt wird: In diesem Jahr ist die Fraktion zu einem Kompetenzteam geworden. Mit den noch folgenden fachpolitischen Akzenten auf den Leitbildentwurf wird euch das sicher deutlich. Dass wir gemeinsam etwas geschafft haben, ist der guten Abstimmung und dem solidarisch-kritischen Verhältnis zwischen uns – dem Landesvorstand, den Kreisvorsitzenden, den Kreistagsfraktionsvorsitzenden, dem kommunalpolitischen forum zu verdanken. Und ich möchte persönlich auch Thomas Nord und Heinz Vietze danken, sowie dem ganzen Kollektiv der Fraktion und ihrer MitarbeiterInnen.

Wenn wir heute Abend einig sind, diesen spannenden Weg weiter zu gehen, den Meinungsstreit für unseren Leitbildentwurf mit seinen Ecken und Kanten als Beitrag der Landtagsfraktion, des Linkspartei.PDS-Landesverbandes und der WASG Brandenburg in den Parteibildungsprozess der Neuen Linken einzubringen, ist das ein wichtiger Schritt. Wir müssen und wollen vor Ort die Partei der Kümmerer bleiben, die verlässlich und kompetent im brandenburgischen Alltag arbeitet. Wir müssen und wollen aber auch den Zukunftsentwurf für das Land besprechen, Projekte erarbeiten, unsere Vorschläge auf die Probe stellen. In diesem Sinne bitte ich euch, auch im pragmatischen, politischen Alltag einen anderen Liedtext der früheren Heimat nicht zu vergessen: Behütet eure kühnen Träume, auch wenn es scheint, dass sie nichts nützen...!

Wir wenden uns an alle, die die eine soziale und solidarische Gesellschaft wollen. Wir wenden uns an alle, die sich verantwortlich fühlen, sich nicht abfinden wollen oder einfach auf der Suche sind, im offenen Wettstreit der Ideen mit uns zu streiten und zu diskutieren. Schluss mit der Politik der Verordnung von oben! Der Dialog für ein zukunftsfähiges, solidarisches Land Brandenburg hat begonnen. Dies ist auch unser Land! Ich wünsche uns Erfolg.

Anita Tack

Abgeordnete der Fraktion Die Linke. PDS im Landtag Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wählen mit unserem Leitbild einen anderen Ansatz als die Landesregierung, die von einer Berlin Zentriertheit – Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg - ausgeht, Stärken stärken will, das v. a. in den von ihr relativ willkürlich ausgewählten Regionalen Wachstumskernen und die ländlichen Räume weitestgehend sich selbst überlassen will. Für uns ist und bleibt es Ziel der Landesentwicklung, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes zu sichern, so wie es im Artikel 44 der Landesverfassung verankert ist.

Das bedeutet eben nicht Gleichmacherei, wie uns mancher vorwerfen will, sondern wir wollen sie nach den Grundsätzen unseres Leitbildes – Gestaltung und Teilhabe und Solidarität und Nachhaltigkeit- gestalten. Das ist wahrlich eine große Herausforderung, denn diese Zielsetzung ist sehr komplex und betrifft alle Bereiche der Arbeits- und Lebenswelt der Menschen in Brandenburg.

Wir gehen davon aus, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein Recht auf öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge, die eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall im Land herstellen, haben. Unser Hauptkriterium für die öffentliche Daseinsvorsorge ist der gleichberechtigte und kostengünstige Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen, die in hoher Qualität flächendeckend, verlässlich und dauerhaft vorzuhalten sind.

Für die Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist die regionale Vielfalt mit dem Verflechtungsraum mit der Metropole Berlin, den zahlreichen großen und kleinen Städten und den ländlichen Entwicklungsräumen eine wahre Herausforderung und eine große Chance zugleich – die vorhandenen Potenziale zu erschließen und neue zu entwickeln, um die starken strukturellen Unterschiede und gravierenden Bevölkerungsunterschiede zukunftsfähig zu gestalten.

Die regionale Vielfalt ist eine gute Basis für eine individuelle Lebensgestaltung in den Städten und Dörfern, die in ihren Vorzügen weiter ausgestaltet werden sollte. Deshalb sagen wir, dass das landesweite Netz von starken Zentren, die als wirtschaftliche Lokomotiven, Arbeitsplatzzentren, öffentliche Dienstleistungen, kulturelle Mittelpunkte und soziale Versorger dienen, mit seinen Entwicklungspotenzialen weiter zu stärken und zu entwickeln ist. Daher halten wir die landesplanerische Grundidee, regionale Zentren zu fördern, weiterhin für Ziel führend. „Städte stärken“ ist ein sinnvoller Weg. Denn die Städte übernehmen wachsende Aufgaben.

Angesichts der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Ausdünnung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch den Staat im ländlichen Raum werden die Städte als zentrale Orte mit ihrer sozialen Infrastruktur für die Gestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer wichtiger. Wir sagen: Brandenburg wird wieder lebenswerter, wenn alle seine Städte, auch die kleinen Landstädte, eine faire Zukunftschance erhalten. Mehr

Kompetenzen und mehr Autonomie schaffen neue Anreize für selbständiges Handeln lokaler Akteure und zur Mobilisierung lokaler Ressourcen. Diese können genutzt werden, um die Städte lebenswerter, sozialer und minderheitenfreundlicher zu gestalten. Dazu kann die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wesentlich beitragen. Dieser schafft Arbeitsplätze vor allem im sozio-kulturellen Bereich.

Intelligenter Stadtumbau ist dafür ein gutes Instrument, um unsere Städte zu stärken und eine umfassende Strukturanpassung in Gang zu setzen, die der Stadt als Ort zum Wohnen, Leben und Arbeiten wieder eine Zukunft eröffnet und das Gemeinwesen gestärkt wird. Hierfür brauchen die Städte neue Leitbilder. Wichtig für uns ist, dass die Städte ihren Umbau selbst gestalten können und nicht zu Objekten zentralisierter Förderentscheidungen des Staates werden. Damit wenden wir uns gegen den Entwurf der Landesregierung zum Zentralen Orte System (ZOS), künftig nur noch die Metropole Berlin, Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg/Havel als Oberzentren und 46 Mittelzentren vorsieht. Das System halten wir für falsch, weil es benachteiligt und ausgrenzt.

Die zum Teil sehr dramatische Situation in den großen ländlich geprägten und immer dünner besiedelten Regionen wie Uckermark, Prignitz, Westhavelland, Oderregion oder Lausitz verlangt im Sinne von gleichwertigen Lebensverhältnissen nach einem Interessensausgleich. Eine Lösung sehen wir in der räumlichen Bündelung von sozialer Infrastruktur-Versorgung und Dienstleistungen an gut erreichbaren zentralen Orten. Ein innovativer Ansatz besteht darin, die erforderlichen öffentlichen Leistungen über mobilen Service und digitale Medien direkt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen. Mobile Dienste können wieder ein sehr engmaschiges Versorgungsnetz herstellen und wir sind für mehr Raum für unkonventionelle Formen geben.

Voraussetzung dafür ist ein öffentliches Verkehrssystem, das allen Nutzern den Zugang zu den zentralisierten Leistungen in einem vertretbaren Zeitaufwand ermöglicht. Und kritisieren zugleich die Politik der Landesregierung, die Leistungen des Öffentlichen Verkehrs gerade drastisch abbaut und die Mittel dafür kürzt. Das ist eben nicht zukunftsfähig. Das ZOS der Landesregierung halten wir auch hier für ungeeignet, weil es die Erreichbarkeit der Mittelzentren mit dem PKW und nicht mit dem öffentlichen Verkehr zu Grunde legt. Das grenzt aus und ist unsozial! Der Staat zieht sich immer weiter aus seiner Verantwortung zurück! Da müssen wir gegensteuern.

Ländliche Räume werden wieder lebenswerter, in dem neue wirtschaftliche Perspektiven für ländliche Räume erschlossen werden, regionale Produktionsprozesse entwickelt werden, die neue Wirtschafts- und Lebensweisen gewährleisten. Die soziale Reorganisation der ländlichen Gesellschaft muss auf einer neuen Grundlage erfolgen. Dazu gibt es einen anderen Beitrag.

Ich will noch auf ein übergreifendes Problem aufmerksam machen: Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger werden immer weniger und immer älter! Gleichwertige Lebensverhältnisse zu gestalten unter den Bedingungen des Einwohnerrückgangs und der alternden Gesellschaft erweist sich als kein kleines Problem! Der damit einhergehende soziale Wandel mit seinen weit reichenden Konsequenzen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft stellt erhebliche Anforderungen. Wir müssen seine Gestaltung mehr in den

politischen Mittelpunkt rücken. Das tun wir in unserem Leitbild. Das alles erfordert neue Wege und Instrumente, um die veränderten Prozesse zu steuern und zu begleiten:

Für uns ist demokratische Teilhabe der Schlüssel für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen. Dazu bedarf es einer starken Bürgergesellschaft, die lokal, regional und landesweit verankert ist. Dazu braucht es einen sozialen Staat, der rechtliche Rahmenbedingungen für gleichwertige Lebensverhältnisse setzt, die Menschen zur Mitbestimmung einlädt und die Chancengleichheit unterschiedlich Akteure wahrt. Dazu braucht es eine handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung. Und eine Funktionalreform, eine deutliche Verschiebung der öffentlichen Dienstleistungen hin zu den Kommunen in Gang setzen, inklusive eines entsprechenden Transfers der rechtlichen und finanziellen Ausstattung.

Und die Kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird und die Möglichkeiten der Kommunalisierung öffentlicher Aufgaben weiter ausgeschöpft werden. Die Aufgaben der Landkreise sind in ihrem Verhältnis zwischen Städten und Gemeinden einerseits und dem Land andererseits neu zu bestimmen. Gerade im Flächenland Brandenburg sind die interkommunalen Koordinierungsfunktionen, die raumordnerische Kompetenz und die Wahrnehmung gemeindeübergreifender Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die Landkreise unverzichtbar.

Wir brauchen eine öffentliche Debatte über die künftige Rolle des Staates und seiner Verwaltung, um Konsequenzen für deren Aufgaben und Struktur abzuleiten. Die Leistungen, die die öffentliche Verwaltung für das Land und seine Bewohnerinnen und Bewohner erbringen muss, müssen dabei im Mittelpunkt stehen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich stehe Euch für Beratungen und Diskussionen vor Ort sehr gern zur Verfügung.

Stefan Ludwig

Stellvertretender Landesvorsitzender der Linkspartei. PDS Brandenburg

Viel wird in Brandenburg über die Leitbilddebatte geschrieben. Wir reden über ein neues System Zentraler Orte, die Cluster- Bildung bei der Wirtschaftsförderung, über Änderungen am Finanzausgleichsgesetz (FAG) - dies alles sind technische Instrumente der Umsetzung eines Leitbildes, sie können es aber nicht ersetzen! Die Linkspartei möchte für eine Leitbilddebatte in unserem Land ein eigenes Angebot machen. Im Unterschied zur Landesregierung machen wir dabei nicht aus der Not eine Tugend: Denn eben diese Landesregierung mit der sie tragenden Mehrheit im Landtag hat das Land in diese Krise geführt, aus der es jetzt herauskommen muss. Dass sich das Land in einer Krise befindet - diese Auffassung der Landesregierung teilen Bürgermeister ausdrücklich. Bei unserem Angebot wollen wir nicht missachten, dass in den letzten Jahren objektive Prozesse im Land abgelaufen sind:

1. In der Demographie trafen Prognosen vom Beginn der 90er Jahre nicht zu. Die jetzige Entwicklung verläuft zum Teil genau entgegengesetzt zu den damaligen Annahmen, ganze Landesteile sind von Bevölkerungsrückgang betroffen. Genau deshalb dürfen wir den Fehler der seitdem agierenden Landesregierungen nicht wiederholen: die demografischen Prognosen dürfen nicht alleinige Grundlage für ein Leitbild sein.

2. Die Haushaltslage des Landes wurde und wird nicht besser. Genau deshalb müssen wir aber die Entwertung von Vorhandenem verhindern. Ein Leitbild muss ein Ziel verfolgen. Wir wollen keine Diskussion nur um die Instrumente.

Wir wollen auch nicht ohne die Betroffenen diskutieren. Wir wollen alle einbeziehen: die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Einwohnerinnen und Einwohner, Wissenschaft und Kultur – eben nicht nur die bürokratischen Eliten in Ministerien und Landratsämtern. Unser Ziel für ein Leitbild sind gleichwertige Lebensverhältnisse im Land, ohne die Absicht, gleichartige Lebensverhältnisse herstellen zu wollen. Dabei müssen regionale Akteure mehr Spielraum bekommen, gerade weil finanziell der Rahmen immer enger wird. Wir wollen nicht mehr bürokratischen Zentralismus mit weniger Geld, bei dem immer mehr Entscheidungen in Potsdam fallen. Dieser Spielraum soll aber nicht „Ersatz“ für die finanziellen Mittel sein, sondern bei der Bewältigung der Aufgaben helfen.

„...vom Wohl der Städte hängt unser Gemeinwesen ab. Denn nur die Stadtpolitik schafft es, die Vielfalt an Lebensformen unserer Gesellschaft zu einem Gemeinwesen zusammenzuführen“, so steht es in unserem Leitbild zutreffend. Daher müssen kommunale Akteure Handlungsfreiheit erhalten. Die Verfügung über finanzielle Ressourcen ist notwendig. Nichts ist an Zinsen zahlen sozialistisch. Wir wollen keine weitere Umverteilung von unten nach oben, aus Stadthaushalten in die Gehaltszahlungen an Bankenvorstände! Dabei kommen wachsende Aufgaben auf unsere Städte zu. Lebenswerte Städte werden Brandenburg zu einem Lebenswerten Land machen, werden geliebte Heimat sein. Dazu müssen alle Städte entwickelt werden, eine Auswahl zu treffen behindert die regionale

Entwicklung. Ein Rückzug öffentlicher Dienstleistungen aus dem Land lässt sich nur über starke Städte verhindern. Städte sind dabei die Modernisierer im Land, wie sich bei der Einführung einer neuen Haushaltswirtschaft zeigt oder bei der Verwaltungsmodernisierung oder beim Bürgerservice. Die Liste ließe sich fortsetzen. Städte sind auch kein „Anker im Raum“ für eine imaginäre Landespolitik, sie sind Zentren des Lebens in unseren Regionen. Stadtentwicklung ist dabei kein Gegensatz zur Entwicklung in ihrem Umland oder im ländlichen Raum. Beides bringt sich gegenseitig voran, wenn man beides zulässt.

Eine Debatte über das Instrument der Neugliederung der Verwaltung im Land, die auch als Kreisgebietsreform daherkommt, muss daher folgenden Ansatz haben: Die Verwaltungsgliederung sollte den Regionen im Land besser entsprechen. Die regionalen Verhältnisse ähneln sich im engeren Verflechtungsraum um Berlin einerseits und getrennt davon im ländlichen Raum. Diese Unterschiede muss man zur Kenntnis nehmen wollen! Die Lebensweise von Menschen in unserem Land ist unterschiedlich, ihre Erwartungen an Lebensqualität auch. Diese Unterschiede führen auch zu unterschiedlichen Aufgaben der Kommunen:

Während im engeren Verflechtungsraum Entwicklungslinien ins Land, nach Berlin und auf eigenständige Aufgaben verlaufen, sind es im ländlichen Raum eher andere. Dort müssen sie sich ohne Impulse aus Berlin entwickeln, haben aber auch keine Ausgleichsfunktionen für die Metropole, liegen aber auch in größeren Entwicklungsräumen. Sie konzentrieren sich eher auf eigenen Entwicklungsaufgaben.

Die Diskussion um ein neues System Zentraler Orte hilft dabei den Kommunen nicht, sondern entwertet zusätzlich eigene Entwicklungsansätze. Vor Ort lässt sich im ländlichen Raum besser entscheiden, wie die Arbeit und die Aufgaben der Daseinsvorsorge in der Region aufgeteilt werden soll. Kommunale Daseinsvorsorge lässt sich am besten selbst organisieren. Wir wollen wieder Motivation in den ländlichen Raum bringen. Durch höhere Mitsprachemöglichkeiten als heute soll das Leben dort attraktiver werden, die demokratieschädlichen zentralistischen Ansätze von heute müssen auch wegen ihrer Demotivierungswirkung aufgehoben werden.

Wir beachten bei unserem Angebot auch Brandenburger Besonderheiten. Daher können wir die Antworten, die unsere Partei in Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet hat, nicht schematisch übernehmen. Die Einrichtung von 4 bis 5 Regionen, wie sie mit einer Kreisgebietsneugliederung dort vollzogen werden soll, stellt für uns im Landesmaßstab kein Modell dar. Auf unsere Situation mit dem Metropolenraum Berlin im Zentrum des Landes können wir so nicht reagieren, bei aller Vergleichbarkeit der Länderbedingungen im ländlichen Raum. Aber auch der Metropolenraum entwickelt sich nicht überall gleichförmig, auch dort sind regionale Besonderheiten zu erkennen. Entwickelt sich nicht die Region zwischen Erkner und Königs Wusterhausen/Ludwigfelde zu einer anderen „Region im Südosten“ wie die „Südwestregion“ von Ludwigfelde bis Hennigsdorf oder die „Nordostregion“ von Strausberg bis Oranienburg? Auch darauf wollen wir Antworten finden.

Mit unserem Angebot leisten wir auch einen Beitrag in der Diskussion um eine mögliche Zusammenführung der Länder Berlin und Brandenburg. Nur mit den von uns gewollten,

aktiven Regionen in Brandenburg wird die Metropole Berlin in einem Bundesland nicht mehr als Fremdkörper wahrgenommen. Wegen der dann vorhandenen Chance zur selbst bestimmten Entwicklung in einem Bundesland wird Berlin im Land akzeptiert und nicht befürchtet. Der Interessenausgleich zwischen den Regionen und den Regionen und Berlin ist dann die Aufgabe des Landes. Starke Städte sind ebenso eine Voraussetzung, bevor die Stadt Berlin, die aus großen Teilstädten besteht, begrüßt werden kann.

Wir wollen ein Angebot unterbreiten. Wir wollen alle Akteure der Landesentwicklung einbeziehen. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen, die vor Ort gestaltet werden.

Gerrit Große

Abgeordnete der Fraktion Die Linke. PDS im Landtag Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Gäste,

Unter uns sind heute Gemeindevertreter, Bürgermeister, Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Europaabgeordnete, Akteure in Elternvertretungen, Seniorenbeiräten. Sportbünden, Vereinsvorständen, Werksausschüssen, Sparkassenbeiräten, Vertreter von Bürgerinitiativen... Ihr seid also Akteure dieser lebendigen Bürgergesellschaft, die es zu stärken gilt. Genau das wollen wir mit unserem Leitbild im Leitmotiv „Demokratische Teilhabe als Schlüssel für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen“ diskutieren.

Es geht also zum einen um den Staat, der die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür setzt, ob Menschen zur Mitbestimmung eingeladen werden und es geht uns um selbstbewusste, kompetente Akteure. Wir alle haben einschlägige Erfahrungen damit, dass sich Verwaltungen auf kommunaler oder auch auf ministerieller Ebene zunehmend verselbstständigen, Bürgerinnen und Bürger sich oft gerade mit dieser Ebene auseinandersetzen müssen und oft an dieser Ebene scheitern.

Wir haben auch Erfahrungen damit, wie schwierig es ist, Elemente direkter Demokratie, wie z. B. Bürgerhaushalte, umzusetzen.

Wir erleben in diesem Land direkte Einmischung von Bürgerinnen und Bürgern immer dann besonders kraftvoll, wenn die Betroffenheit ganz unmittelbar ist. In meinem Landkreis OHV hat es eine BI gegen die im OT Germendorf geplante Müllverbrennungsanlage gegeben. Dort sich gezeigt hat, mit welcher enormen Kompetenz betroffene Anwohner agiert haben und nicht zuletzt deshalb wird diese Anlage nun nicht gebaut.

Wir haben auch erlebt, dass Eltern für den Erhalt ihrer Schule in Hungerstreik gegangen sind und die Schule wurde dennoch geschlossen. Wir haben erlebt, dass die Volksinitiative „Für unsere Kinder“ trotz der 150.000 Unterschriften gescheitert ist. Solche Misserfolge bremsen natürlich bürgerschaftliches Engagement. Und es gibt noch eine Bremse: die Armut. Wer seine Kraft dafür aufbrauchen muss, wie er mit 345 € über den Monat kommt, hat keine Kraft mehr, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Da fehlt oft schon die Kraft, sich für die eigenen Interessen einzusetzen.

Das Fatale daran ist der Teufelskreis: Armut heißt inzwischen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Brandenburg: Bildungsarmut. Kinder aus armen Elternhäusern werden auch in Brandenburg häufiger vom der Einschulung zurückgestellt, bleiben häufiger sitzen, bekommen schlechtere Noten, besuchen seltener das Gymnasium, haben häufiger keinen Schulabschluss. Schule gleicht auch in Brandenburg Nachteile nicht aus, sondern verstärkt sie, wie beispielsweise der jüngst vorgelegte Armutsbericht der Stadt Frankfurt/Oder belegt.

Bildung ist also auch in Brandenburg eine entscheidende soziale Frage und für uns nach wie vor Menschenrecht. Deswegen haben wir bei den strategischen Handlungsfeldern für

nachhaltige Entwicklung der Bildung in unserem Leitbild höchste Priorität zugeteilt. In unseren Eckpunkten haben wir die Gemeinschaftsschule als Kernprojekt beschrieben. Wir sind sehr glücklich darüber, dass unsere Berliner Genossen den Einstieg in die Gemeinschaftsschule den Sozialdemokraten in 12-stündigen zähen Verhandlungen doch abgerungen haben.

Wir sehen ohnehin Berlin und Brandenburg als eine Bildungsregion. Diesen Einstieg in eine Gemeinschaftsschule wollen auch in unserem Land versuchen. Wir sind überzeugt davon, dass eine gute Qualität, das Ausschöpfen der Potenziale aller Kinder und eben auch das soziale Lernen als Vorbereitung auf unsere Bürgergesellschaft nur dort stattfinden kann, wo die Tochter des Bankers neben dem Sohn der langzeitarbeitslosen allein erziehenden Mutter voneinander und miteinander lernen. Und das von Anfang an elternbeitragsfrei und in hoher Qualität an einem demokratisch organisierten und gut ausgestatteten Lernort. Wir werden unser Angebot mit Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, kommunalen Vertretern, Gewerkschaften und Verbänden diskutieren, die Wege zu dieser Gemeinschaftsschule aufzeigen.

Menschen wollen nicht betreut werden, sie wollen teilhaben. Dies setzt gute Bildung voraus. Demokratische Teilhabe wiederum lebt davon.

Wolfgang Neskovic

Abgeordneter der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Liebe Freunde, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

das Wichtigste ... soll man ja bekanntlich zuerst sagen. Und deswegen möchte ich mich zunächst bei euch bedanken für eure Einladung und für die Möglichkeit, heute über die rechtpolitischen Aspekte des neuen Leitbildes für Brandenburg zu sprechen.

Ich freue mich über das in mich gesetzte Vertrauen.

Vor der Kritik kommt immer das Lob. Und es gibt viel, was mir – nicht nur aus rechtpolitischer Sicht - am Leitbild sehr gefällt und das ich gerne loben will. Die Ausführungen, die sich mit dem Erfordernis nach mehr Demokratie im Land beschäftigen, sind da ebenso zu nennen, wie die Forderung nach einer bürgernahen Verwaltung. An vielen Stellen, wie diesen, habe ich eigentlich nur die kleine schwarze Linie unter dem Text vermisst, auf der ich unterschreiben hätte dürfen. Vor allem aber ist das Leitbild ja selbst ein Stück moderne Demokratie, weil es die Menschen einlädt, mitzudiskutieren, mitzuarbeiten an einer politischen Konzeption für ein neues Brandenburg.

Ein Brandenburg ...

- das sozialer ist,
- das gerechter ist,
- das auch wirtschaftlich erfolgreicher ist.

Dass überhaupt eine Partei ihr mögliches künftiges Regierungsprogramm den Menschen in einem Bundesland in dieser Weise und so umfassend zur Diskussion stellt, ist ein wohl einmaliger Vorgang in Deutschland. Ich wünsche euch von Herzen, dass es euch gelingt, diese Einladung an das politische

Bewusstsein, dieses „Regierungsprogramm der Wähler“ erfolgreich im Land zu vermitteln. (Denn genau das ist es: „Ein Regierungsprogramm der Wähler.“ Darauf könnt ihr stolz sein.)

Wenn die Menschen verstehen, dass dies ihre Chance ist, sich einzumischen in den politischen Prozess - dann werden sie an der Diskussion auch gerne teilnehmen. Wenn die Menschen verstehen, dass dies die Gelegenheit ist, für ihre demokratische Selbstbestimmung endlich viel mehr leisten zu können, als nur zwei Kreuzchen auf dem Wahlzettel - dann werden sie – hoffentlich - Gebrauch machen von Eurem Angebot.

Und wenn euch das alles gelingt, dann werdet ihr diejenigen, die sich eingemischt haben, die mitdiskutiert haben, wohl auch an euch binden. Denn wer würde nicht gern am Wahltag sein Kreuz bei genau der Partei machen, deren politischen Grundlinien er zuvor selbst mit gestaltet hat. Auch ich möchte heute mitdiskutieren. Ich bin einer dieser Leute im Land, die sich einmischen möchten.

Und deswegen komme jetzt zu meiner Kritik am Leitbild.

Mir fehlt etwas in diesem Leitbild. Nicht ein Aspekt. Nicht ein wichtiges Detail. Nein, ich vermisse einen ganzen Abschnitt.

Ich suche im Leitbild vergeblich eine umfassende und kreative Positionierung der Linken zum Rechtsstaat an sich. Ich möchte ich euch gerne ein Gleichnis in Form einer Geschichte erzählen, weil es mir auf diese Weise eher gelingen wird, meine Kritik auf den Punkt zu bringen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Stellt euch einen alten Bekannten vor. Es könnte eine Frau sein, aber auch ein Mann. Weil ich mich als Mann mit Männern natürlich besser auskenne, nenne ich den alten Bekannten einmal den „Herrn Rechtsstaat.“ Ich meine, er trägt einen schwarzen Anzug und ein blaues Juristenhemd und hat ein Gesicht wie ein Banker. Und manchmal trägt er auch einen Beamtenhut.

Vielleicht genau so einen, wie ihn Benni von der Olsenbande immer trug. So ungefähr dürfte der Herr Rechtsstaat aussehen.

Herr Rechtsstaat ist über die Jahre immer mal bei euch zu Hause vorbeigekommen. Euer alter Bekannter hat sich dann auf die Couch gesetzt, es sich bequem gemacht und hat erzählt von den einen Dingen und den anderen Dingen. Es gab manchmal Grund zu Feiern und natürlich gab es auch einige deutliche Meinungsverschiedenheiten.

Herr Rechtsstaat nahm sich immer schon zu wichtig, fandet ihr. Wohl auch zu Recht.

Herr Rechtsstaat meinte ganz offenbar, dass er allein schon alles wusste und er alles war, worauf es ankam. Ihn interessierte nicht so sehr, ob Menschen im Leben ohne Chance waren oder ob die Löhne zu gering waren oder ob die Reichen immer reicher wurden. Studiengebühren, die Einschränkungen an der Prozesskostenhilfe, selbst Hartz IV ...

Wenn ihr zu diesen Themen mit dem Herrn Rechtsstaat ins Gespräch kommen wolltet, dann winkte er stets nur gelangweilt ab. „Für solche Themen“, sagte er dann, „ist meine kleine Schwester, die Frau Sozialstaat

zuständig.“

„Das ist nicht mein Fachgebiet“, sagte der Herr Rechtsstaat. „Da kenne ich mich nicht aus“, sagte der Herr Rechtsstaat. So ging das Jahr um Tag.

Seit letzter Zeit aber scheinen sich die Dinge sehr zu verändern. Und auch der Herr Rechtsstaat hat sich verändert.

Er zeigt seit kurzem ein etwas fahles Gesicht, als habe er vor etwas Angst. Und sehr dünn ist er auch geworden. Sein Anzug ist ihm viel zu weit geworden. Sein blaues Juristenhemd zeigt Flecken. Sein ganzes Erscheinungsbild, sein Auftreten ist weniger stolz, weniger sicher als früher. Irgendwas stimmt nicht mit diesem Herrn Rechtsstaat.

Dazu kommt, dass der Herr Rechtsstaat euch in der letzten Zeit sehr viel öfter als früher besucht. Fast jeden Tag steht er vor eurer Tür, klingelt und bittet um Einlass. Da ahnt ihr schon, dass man ihn woanders vielleicht nicht mehr so gerne sieht. Vielleicht hat er keine

anderen Freunde mehr. Herr Rechtsstaat erzählt neuerdings auch wirklich Bedrohliches, wenn er bei euch auf der Couch sitzt.

„Stell dir vor“ sagt er, „die denken doch jetzt tatsächlich daran, Passagierflugzeuge vom Himmel zu schießen, weil sie Angst vor Terroristen haben.“

„Und neulich“ sagte er, „da haben sie ein Gesetz gemacht, das sorgt dafür, wenn du abends mit deiner Angetrauten im Bett bist, dann machst du dir Sorgen, wer da wohl zuhört.“

„Überall haben sie Augen und Ohren aufgestellt“ sagt der Rechtsstaat.

„Sie sagen, das sei jetzt erforderlich wegen der Sicherheit. Ich aber fühle mich gar nicht mehr so sicher. Denn stell dir vor, da gibt es Leute, die denken laut darüber nach, Folter zu legalisieren.

Sie machen auch überhaupt Gesetze, ohne mit mir darüber zu sprechen. Früher haben sie immer erst nach meiner Meinung gefragt, wenn sie ein Gesetz gemacht haben. Heute denke ich, ich sage meine Meinung schon lieber gar nicht mehr. Wer mag wissen, wo das noch hinführt.“

Der Herr Rechtsstaat erzählt von überarbeiteten Richtern, die keine Zeit mehr haben für die Bürger, die sie um eine Entscheidung bitten. Er erzählt auch von solchen Richtern, die kaum noch Zeit haben, um zu reflektieren, ob die Gesetze mit der Verfassung übereinstimmen. Es sind zu viele Gesetze und sie kommen so dreist und so schnell daher.

Der Herr Rechtsstaat berichtet von Geheimgefängnissen. Er berichtet von geheimen Überflügen und Entführungen. Menschenraub sei jetzt ein Erfordernis der Staatsraison. Und immer erst spät an diesen Abenden, da geht der Rechtsstaat zur Tür hinaus in die Nacht.

Ihr aber fragt euch: Wo mag er hingegangen sein?

Welche Freunde mögen ihm noch geblieben sein?

Und wo bleibt er?

Wer kümmert sich um ihn?

Es ist euch natürlich aufgefallen, dass der Herr Rechtsstaat bei jedem seiner täglichen Besuche persönliche Sachen mitbrachte. Seine Tabakpfeife zum Beispiel liegt schon seit Wochen unter dem Wohnzimmertisch und muffelt. Und jedes Mal vergisst er am Ende seines Besuches absichtlich eine Jacke oder einen Hut. Auch Bücher lässt er liegen. Eine Zahnbürste hat er im Bad deponiert. Und einmal brachte er einen ganzen Koffer. „Nur zum Unterstellen“, sagte er leise. Bald brachte er zwei Koffer. Dann drei. Kurzum: Die Habseligkeiten des Herrn Rechtsstaat sind nun überall in eurer Wohnung verstreut.

Der Herr Rechtsstaat hat anderswo ganz offenbar kein Zuhause mehr. Er versucht nun offensichtlich bei euch zu wohnen. Und da entscheidet ihr, dass es so nicht weiter geht. Ihr entschließt euch, Nägel mit Köpfen zu machen. Ihr denkt euch: Es ist doch noch viel Platz im großen linken Haus. So viele Räume stehen noch leer.

Ihr denkt euch: wenn der Herr Rechtsstaat sowieso bei mir wohnt, dann soll er auch ein eigenes Zimmer haben. Er soll sich wohl fühlen.

Er soll sich beschützt fühlen. Er ist jetzt selbst ein Linker geworden. Eure Entscheidung ist klar: Beim nächsten Mal, wenn der Rechtsstaat am Abend gehen will, da werdet ihr sagen:

„Bleib hier – du gehörst jetzt in dieses Haus!“

Liebe Genossinnen und Genossen,

Hier endet meine Geschichte. Der Rechtsstaat wohnt auch in eurem Leitbild, als habe er sich auf alle Räume verteilt. Manches hier, manches dort. Und vieles fehlt noch. Ich meine aber, es ist für die Linke höchste Zeit, dem Rechtsstaat ein eigenes Zimmer zu geben. Ein eigenes Kapitel.

Ein Kapitel, in dem ihr Stellung bezieht - gegen den schleichenden Versuch, diesen Rechtsstaat zu entwerten. Ein Kapitel, das zeigt, dass die Linke nicht zulassen wird, dass die rechtstaatlichen Errungenschaften aus Jahrzehnten den Bach hinunter gehen. (...)

Eigentlich sollte meine Rede an dieser Stelle zu Ende sein. Als ich mir aber in den vergangenen Wochen Gedanken gemacht habe zu diesem Leitbild..., als ich mich fragte, was mir daran fehlt und warum, da stieß beim Suchen nach Anregungen und Hinweisen ..., auf einen bestimmten Brief.

Es ist ein sehr persönlicher Brief, den der ehemalige Bürgermeister von Berlin Heinrich Albertz an seinen ältesten Enkelsohn, der seinerzeit in Israel weilte, schrieb.

Dieser Brief aus dem Jahre 1984 nennt einen weiteren wichtigen Grund, warum vor allem die Linken sich um den Rechtsstaat kümmern müssen. Ich möchte euch diesen Brief zum Abschluss vorlesen. „Du schreibst, Du wüsstest überhaupt nicht, was Du nach Deiner Rückkehr aus Israel nach Deutschland machen möchtest. Ich komme Dir heute mit einem Vorschlag, den Du bitte nicht gleich als völlig irrsinnig verwerfen solltest. Ich schlage Dir allen Ernstes vor, Jura zu studieren. Ich will es begründen. Ihr alle, die mir nahe seid, geht in die Sozialberufe, in die schönen Künste, in den Journalismus, in irgendein Orchideenfach, womöglich und endlich in die Theologie. Ich verstehe das so gut.

Aber genau genommen ist dies alles eine Flucht. Wenn man die Hoffnung nicht völlig aufgegeben hat, in diesem Land noch irgendetwas verändern zu können, muss man dorthin gehen, wo es am schwersten ist und wo über Jahrhunderte das Hauptübel unserer Gesellschaft liegt. Lion Feuchtwanger – ich habe gerade sein hinreißendes, bitteres Buch über das München der 20er Jahre ausgelesen – nennt es den „Jahrmarkt der Gerechtigkeit“. Je älter ich werde, je mehr ich darüber lese, je genauer ich die eigenen Erfahrungen über fünfzig Jahre sammele:

Der Krebschaden des Landes liegt in einer Klassenjustiz, die sich trotz Weimarer Republik, trotz Grundgesetz, trotz mancher mutiger Richter und Gerichte im Prinzip nicht geändert hat. Der Feind steht weiterhin links und nicht rechts, Eigentum höher als das Leben. Der Buchstabe ist wichtiger als der Geist. Zwar wachsen langsam die Jahrgänge der Studentenrebellion nach. Aber es sind zu wenige.

Auch weichen sie oft aus: in die Sozial- und Arbeitsgerichte. Die Strafkammern und Senate werden gemieden oder noch nicht erreicht. Dort sitzen in großer Mehrheit die Angepassten,

die gnadenlosen Verfolger. Aber die Rechte zu studieren, nun genau an diese schwierige Front zu gehen, wäre das Richtige. Du kannst Anwalt oder Richter werden, von mir aus auch Staatsanwalt oder Polizeipräsident.

Ja schrei nicht. Du wirst ein glänzendes Examen machen, wie Schily. Und wenn alles nicht klappt, kannst Du ja - leider – als Jurist alles werden in diesem Lande. Sogar Intendant. Ich mute Dir also zu, die Blumengärten zu verlassen und den Acker der Wirklichkeit zu betreten. Denk darüber nach, bitte. Und sage nicht von vornherein nein. Dein Großvater ist nicht verrückt.

Es grüßt Dich in Liebe...

Dein alter Heinrich.“

Was der Politiker Albertz seinem Enkel als den Weg des Juristen zumutete, möchte ich euch - als Jurist - für die Politik zumuten: Denn dies ist unser Rechtsstaat. Nicht der der anderen. Wir müssen uns mehr um ihn kümmern, gerade weil ihn die anderen zunehmend vernachlässigen. Wir müssen zeigen, dass wir ihn verteidigen. Wir müssen überlegen, wie wir ihn entwickeln wollen. Ich meine, genau diese Ansätze gehören unbedingt in ein linkes Leitbild zur politischen Zukunft Brandenburgs.

Ich danke euch.

Wolfgang Neskovic (2)

Abgeordneter der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Liebe Mitstreiterinnen, Liebe Mitstreiter,

vor gar nicht langer Zeit haben wir uns auf dem Parteitag in Cottbus getroffen. Dort hatte ich die Gelegenheit, mich für eine deutlichere Betonung des Rechtsstaates in Eurem Leitbild stark zu machen. Und heute gibt es aus Euren Reihen bereits ein Diskussionspapier, das diesen Ansatz nicht nur aufgreift, sondern schon weiterentwickelt.

In Cottbus ging es mir ja darum, Euch für das Leitbild einen Aspekt zu nennen, von dem ich meinte, er fehlte noch. Heute will ich meine Ausführungen um notwendige Überlegungen ergänzen und erweitern. Ich will zum sozialen Rechtsstaat reden und damit im Kern zum Sozialstaat. Die Ausgangssituation hierzu ist eine ganz andere als bei meiner vergangenen Rede.

Euer Leitbild enthält nicht nur eine große Vielzahl von richtigen und wichtigen sozialstaatlichen Forderungen, es kennt auch bereits konkrete Strategien, wie sich diese Forderungen landespolitisch umsetzen lassen. Das ist ein detailreiches Bild, zu dem es aus meiner Sicht nichts zu ergänzen gibt. Es kann mir heute also nur die Aufgabe zu kommen, Euch bei diesen Forderungen den Rücken zu stärken.

Und ich denke, ihr braucht alle Kraft, die ihr bekommen könnt, um Euch mit euren sozialpolitischen Forderungen durchzusetzen. Das gesellschaftliche Klima in unserem Land ist auf den Abbau und nicht auf den Aufbau sozialstaatlicher Standards getrimmt. Es ist ebenso schwierig, wie dringend erforderlich, diesem Klima wirkungsvoll entgegenzutreten.
(...)

In Cottbus ließ ich in meiner Rede den „Herrn Rechtsstaat“ sagen, für sehr viele dringliche Fragen, sei nicht er - der Rechtsstaat - sondern seine kleine Schwester „die Frau Sozialstaat zuständig.“

Diese Feststellung des Herrn Rechtsstaat darf so nicht stehen bleiben. Ich möchte daher für die Familienverhältnisse klarzustellen: Der Sozialstaat ist nicht die *kleine* Schwester des Rechtsstaates.

Der Sozialstaat ist ganz und gar nichts Kleineres, sondern von gleichem Verfassungsrang wie Rechtsstaat, Demokratieprinzip, föderale Verfasstheit und Grundrechtskatalog. Ohne den Sozialstaat gibt es keine echte Rechtsstaatlichkeit und umgekehrt. Denn das Soziale verhilft auch dem zum Recht, der sich das Recht ohne Hilfe nicht leisten könnte. Und nur der Rechtsstaat vermag es, die gerechte Teilhabe der Menschen am Reichtum der Gesellschaft in verlässlicher Weise dauerhaft zu sichern.

Wer das in Deutschland heute so sagt, den nennt man einen Linken. Diese Position entstammt aber keinem linken Grundsatzpapier. Sie ist auch nicht etwa das jüngste Arbeitsergebnis

meiner Fraktion am Bundestag. Man muss nicht einmal links orientiert sein, um darauf zu stoßen.

Die Bundeskanzlerin hat vor einundeinhalb Jahren ihren Amtseid auf diese Position geschworen und auch das Kabinett ließ sich nicht lumpen und tat es ihr nach. Ein ganzes Heer an motivierten Geheimdienstlern wird unterhalten, um genau diese Position vor inneren und äußeren Bedrohungen zu schützen.

Jetzt werdet Ihr sagen: *„Na das wäre doch prima; Glaube ich aber nicht!“*

Was sich anhört, wie eine verrückt gewordene Welt mit vertauschten Positionen, wird schnell erklärbar, wenn man unsere Verfassung zu Rate zieht. Das Grundgesetz selbst verpflichtet die gesamte Staatsgewalt zur Beachtung des hohen Ranges des Sozialstaates. Wenn also die Bundeskanzlerin ihren Amtseid auf dieses Grundgesetz schwören konnte, so hat sie auch auf die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat geschworen.

Dass Sie es tat, sagt rein gar nicht über die Qualität der Verfassung aus, wohl aber über die Eidestreue der Bundeskanzlerin. Steht es mit diesem Eid in Einklang, wenn sie ihre Richtlinienkompetenz im Kabinett zum Raubbau am Sozialstaat gebraucht?

Liegt Eidesbruch von Sozialminister Müntefering vor, wenn er sein Haus anweist, dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem eine ohnehin schon sozialstaatswidrig niedrige Unterstützung auch noch an eine Gegenleistung geknüpft wird?

Wenn schließlich der Verfassungsschutz Mitglieder der Linken überwacht, so schützt er nicht etwa die Verfassung, sondern er sichert - ganz im Gegenteil - die Bestrebungen derjenigen, die sie täglich unbeachtet lassen ..., und er forscht diejenigen aus, die darum kämpfen, dass die Versprechungen - oder

sollte ich besser sagen: „die Verheißungen“ - der Verfassung ihre Lebenswirklichkeit erreichen. Es scheint also, als machen hier sämtliche Leute ihre Arbeit nicht oder nicht richtig.

Wie kann das sein? Was ist hier los?

Es macht aus neoliberaler Sicht vollkommenen Sinn, die Verfassung zu ignorieren. Und es macht auch Sinn, Menschen zu überwachen, die die Verfassung ernst nehmen. Denn unser Grundgesetz ist alles andere als eine neoliberale Verfassung. Diese Verfassung ist mindestens eine soziale, wenn nicht sogar eine sozialistische Verfassung. Gleich im ersten Artikel des Grundgesetzes heißt es:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

In Würde lebt nicht schon, wer nur schlicht überlebt. In Würde lebt ein Mensch, der neben der Ernährung auch eigene Unterkunft, notwendige Kleidung, Fahrtmöglichkeiten, kulturelle Einflüsse und die Möglichkeit zur Bildung und

Selbstverwirklichung erhält. Deswegen nimmt der nach Hartz IV festgesetzte Regelsatz von dreihundertfünfundvierzig Euro den Menschen ihre Würde.

Wer den Weg zum demokratischen Sozialismus im Grundgesetz sucht, kommt jetzt zur nächsten Vorschrift:

In Artikel 14, Absatz 1 wird das Eigentum gewährleistet. Nicht jedoch die Form des Eigentums. Danach sind alle Formen des Eigentums vom Alleineigentum, über das Teileigentum hin bis zum gesellschaftlichen Gemeinschaftseigentum denkbar.

Das Grundgesetz begnügt sich jedoch nicht mit dieser Garantie. Vielmehr formuliert Artikel 14, Absatz 2 unmissverständlich:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“
Damit löst sich das Grundgesetz von den Wertungen jenes Gesetzbuches aus dem Jahre 1900, das man zu Recht als das *Bürgerliche* bezeichnet. Danach konnte der Eigentümer einer Sache, mit dieser nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.

Mit dieser überkommenen Vorstellung vom Eigentum räumt das Grundgesetz auf, in dem es das Eigentum in eine gesellschaftliche Verpflichtungsbeziehung stellt. Ich will das an einem Beispiel erläutern, dass jedem Jurastudenten in seiner Ausbildung begegnet:

Stellt Euch eine wunderschöne, große, prächtige Rotbuche vor, deren Anblick das Herz der Menschen erfreut. Stellt Euch nun vor, diese Rotbuche steht auf Eurem Grundstück - ausgerechnet vor der Terrasse, die sie mit ihrem üppigen Blattwerk verschattet.

Ein Ärgernis! Zumal auch der Kamin nach Brennholz schreit. Ihr erinnert Euch an die Bürgerliche Vorschrift, wonach der Eigentümer einer Sache mit ihr nach Belieben verfahren kann.

Also packt Euch die Lust und ihr die Kettensäge, um dem Baum zu Leibe zu rücken. Jetzt fällt Euch die Gemeinschaft in die Hand und ruft: „Eigentum verpflichtet!“

Ihr dürft es nicht, weil die Sozialpflichtigkeit des Grundgesetzes genau dies verhindert. Und was für Rotbuchen gilt, gilt auch für Banken. Auch ihr Eigentum am Kapital dient nach dem Grundgesetz zugleich dem Wohl der Allgemeinheit.

Was heißt das?

Durch Gesetz könnte zum Beispiel die dienende Funktion des Eigentums auch für die Gesellschaft - und nicht allein für die Kapitaleigner - nutzbar gemacht werden. Und zwar, indem die Banken verpflichtet werden, bei der Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand nicht den marktüblichen Zins, sondern zum Beispiel nur 2 Prozent verlangen dürfen. Das wäre eine echte Gemeinschaftsleistung der Banken und eine Wohltat für uns alle.

Das ganze Gerede von der Staatsverschuldung könnte bald abflauen. Ihr seht, welche Schätze unsere Verfassung enthält. Wir müssen sie nur heben! Aber lasst uns weiter den Weg des Sozialen im Grundgesetz verfolgen. Denn jetzt nimmt das Grundgesetz so richtig Fahrt auf.

Nach Artikel 14 folgt Artikel 15. Dort findet sich für neoliberale Denker und Händler Erschreckendes. Ich lese vor:

„[Sozialisierung, Überführung in Gemeineigentum] *Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und*

Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Das Grundgesetz stellt also fest, dass bei zentralen Gemeinschaftsgütern der Gemeinschaftsgedanke und nicht das private Eigeninteresse im Vordergrund steht. Wer im Grundgesetz dagegen nach einer Grundlage für die Privatisierung von Staatseigentum sucht, wird dabei erfolglos bleiben. Das ganze Gerede vom schlanken Staat findet an keiner Stelle unserer Verfassung irgendeine erkennbare Grundlage.

Deswegen gilt, was in unserem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005 zu lesen ist:

„Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personennahverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung ..., und das Bildungswesen sind Leistungen, die im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen sind. Leistungen der Daseinsvorsorge und öffentlichen Dienste von allgemeinem Interesse dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.“ Diese Wahlaussage ist eine echte Verteidigungsschrift für den sozialistischen Geist unseres Grundgesetzes.

Und nun zum krönenden Abschluss unserer Reise durch das Grundgesetz:

In Artikel 79 Abs. 3 befindet sich eine Bestimmung, die weltweit einmalig ist und nur vor dem Hintergrund der Besonderheiten unserer Geschichte zu verstehen ist. Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes waren so misstrauisch gegen ihre Nachfahren und damit auch gegen uns, dass sie für alle Zeiten unabänderlich festgelegt haben, dass bestimmte und zentrale Werte unserer Verfassung nicht mehr zur Disposition des Volkes stehen. Hierzu zählt auch das Sozialstaatsprinzip. Deswegen gilt:

Wer uns sagt, wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, ist ein Verfassungsfeind, bestenfalls ein Verfassungsignorant.

Auch wenn das Grundgesetz keine nähere Erläuterung vornimmt, welche politischen Konsequenzen das Sozialstaatsprinzip hat, so sind folgende Grundsätze nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes bislang unstrittig:

- Entgegen der neoliberalen Propaganda ist der Sozialstaat ein starker, aktiver Staat, wenn es um die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft geht. Dafür braucht er die notwendigen Einnahmen. Deswegen ist eine gerechte Steuerpolitik erforderlich - und keine staatliche Reichtumspflege.
- Entgegen der neoliberalen Propaganda gilt nicht der Grundsatz der Eigenvorsorge, wenn es um die allgemeinen Lebensrisiken geht. Sondern es ist Aufgabe des Sozialstaates, seine Bürger gegen Lebensrisiken zu sichern.
- Entgegen der neoliberalen Propaganda zielt der Sozialstaat auf Ausgleich und auf soziale Gerechtigkeit ab.

Fasst man zusammen, so bleibt die Feststellung:

Das Grundgesetz gewährleistet nicht nur den Sozialstaat, sondern es ist eine ideale Verfassung für einen demokratischen Sozialismus. (...) Ich meine, es hilft ganz erheblich, wenn man die Verfassung in der politischen Auseinandersetzung auf der eigenen Seite weiß. Ihr seht, was die Verfassung für unsere politische Argumentation bereit hält. Wir wären töricht, wenn wir auf die soziale Kraft dieser Verfassung in der Diskussion mit dem politischen Gegner verzichten würden. Als Linke haben wir bislang viele unserer politischen Forderungen mit dem humanistischen Ideal begründet, obwohl doch das Grundgesetz unsere Sprache spricht und unsere Gedanken enthält.

Aber auch als Jurist und gerade als Jurist ist mir natürlich bewusst, dass rechtliche Grundsätze wenig nützen, solange nicht die Macht besteht, sie auch durchzusetzen. Ich sagte es am Anfang schon: das Klima in unserem Land ist auf den Abbau sozialer Standards getrimmt, nicht auf deren Ausbau. Wer heute in Deutschland für den Sozialstaat eintritt, hat es schwer. Er liegt nicht im Trend. Er pfeift die falschen Lieder.

Es heißt heute, der Sozialstaat sei ein unzeitgemäßer, steinalter bismarkscher Einfall, der dann in den guten Jahren der Bundesrepublik zur überschätzten Weisheit geraten sei und heute allenfalls nur noch als Schnapsidee taue. Die politische Mitte singt dieses Lied aus voller Brust. Allenfalls die Anzahl der Strophen variiert noch zwischen CDU und SPD. Auch die Medien singen das Lied zu allermeist mit. Von Reformstau ist die Rede und von einem fehlenden Mut der Politik das Unbeliebte zu tun. Als sei es ein erstrebenswertes Ziel von Politik, den Menschen zu schaden. Das Lied ist zum Gassenhauer geworden. Nicht nur die Politik und die Medien pfeifen es.

Leider ist es auch ein Ohrwurm für Viele in der Bevölkerung geworden. Man hört das dumme Lied natürlich auch am Kneipentisch. Jeder kennt eine Geschichte von einem der gesund und kräftig ist, aber nicht arbeiten mag. Die *kleine Geschichte* wird dann schnell zu einer großen Verleumdung von Millionen, die sich nach Arbeit sehnen, um Arbeit kämpfen aber keine erhalten.

Der schrille Chor, der vom Ende des Sozialstaates singt, überschreit derzeit die vielen leisen vernünftigen Stimmen, die gute Einfälle, die richtigen Vorschläge. Dieser Chor übertönt zur Zeit auch noch uns. Wir müssen uns deshalb der Frage stellen, welche Rahmenbedingungen einst den Sozialstaat hervorbrachten. Wir müssen uns auch mit der Frage auseinandersetzen, welche Rahmenbedingungen heute seine Verteidigung so erschweren. (...)

Als das fortschrittliche Grundgesetz einst *geformt* wurde, piff man nämlich ein ganz anderes Lied.

Man piff das viel schönere, gar nicht dumme Lied von der Notwendigkeit des Sozialstaates. Der Sozialstaat als ein Schutzengel für Jeden Einzelnen. Dabei geht es nicht nur darum, das bloße Überleben der Menschen zu sichern, sondern es geht um die Sicherung ihrer Lebensqualität. Der Sozialstaat ist die gerechte Korrektur, um das Gerechtigkeitsrisiko auszugleichen, dass darin besteht, arm oder reich geboren zu werden, begabt oder unbegabt zu sein, stark oder schwach zu sein. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der ohnehin schon hat und er nimmt schon gar nicht dem, der ohnehin wenig hat.

Er ist ein Staat, der es den Menschen ermöglicht, sich auf Augenhöhe zu begegnen. (...) Und der Sozialstaat – so sagte man das bei der Beratung des Grundgesetzes – sei die einzige Möglichkeit, den Sozialismus in der Bundesrepublik zu verhindern. Hinter der Idee des Sozialstaates stand ein ganz enormer Druck. Die Geschichte stellte diesen Druck her. Als das Grundgesetz geschrieben wurde, ging ein frischer Riss durch Europa und die Welt. Der Riss teilte die Ökonomien auf. Er trennte die Vorstellungen zum Aufbau der Gesellschaft. Er *zerriss* die Vorstellungen zur Zukunft der Menschheit.

Der Riss verlief zwischen den kapitalistischen Staaten und den sozialistischen Staaten und bedrohte so die Zukunft der gesamten Menschheit.

Der Riss war aber auch von Anfang an eine Quelle für einen Wettbewerb zwischen Ost und West. Es ging bei diesem Wettstreit um die Fragen,

- welches Gesellschaftssystem den Menschen die meisten Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung gewährte,
- ihre materiellen Bedürfnisse am überzeugendsten befriedigte,
- ihnen nicht nur Freiheit, sondern zugleich soziale Gerechtigkeit bot.

Das Grundgesetz wurde im Bewusstsein dieses Wettbewerbes entworfen.

Es wurde im Bewusstsein dieses Wettbewerbes interpretiert, angewandt und weiterentwickelt. So manche alte sozialdemokratische Forderung entsprach nun plötzlich zufällig dem katholischen Sozialgedanken.

So mancher Widerspruch zwischen Arbeiter- und Unternehmerinteressen ließ sich glätten oder verschwand. Denn es ging schließlich um nichts weniger, als die Fortführung der kapitalistischen Wirtschaft als solche. Folgerichtig entwarfen die Verfasser des Grundgesetzes das Regelwerk eines anpassungsfähigen, sozial lernfähigen Kapitalismus'. Und dieses Regelwerk wurde gepflegt.

Es wurde genutzt, um dem Kapitalismus immer wieder ganz erhebliche Zugeständnisse abzuringen. Als Schaufenster zum Osten, war sich die Bundesrepublik stets darüber bewusst, dass man die Lebensqualität ihrer Bürger genau beobachtete. Auch damals fanden Globalisierungsprozesse statt. Die Automatisierung und Robotisierung begann bereits in den späten sechziger Jahren. Die „Ein-Kind-Familie“ bürgerte sich ein. Die Einzahler in die sozialen Sicherungssysteme wurden weniger. Die Menschen lebten länger und gesünder. Die notwendigen Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme stiegen. Jede Menge internationaler Krisen gefährdeten immer mal wieder die heimische Wirtschaften.

Dennoch hätte niemand (!) vor 1989 den politischen Selbstmord unternommen, die Auswirkungen dieser Prozesse als Rechtfertigung für eine Demontage des Sozialstaats anzuführen. (...) Und dann endete der kalte Krieg. Der Riss, der durch die Welt ging, verschwand. Doch auch die Konkurrenz zwischen den Systemen endete. Mit dem Ausgang des Systemkonfliktes hat sich der Kapitalismus schrittweise und zunehmend erfolgreich der lästigen Begrenzungen und Disziplinierungen entledigt, die ihm in vierzig Jahren kaltem Krieg auferlegt wurden.

Ein Schlagwort des Kapitalismus ist bekanntlich das Wort vom *Wettbewerb*. Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass dem Kapitalismus selbst - als System - ganz offenbar der Wettbewerb verloren gegangen ist. Es existiert schlicht kein ernstzunehmendes politisches Konkurrenzmodell, mit dem er sich messen müsste. Und genau darunter leidet die Qualität der Marke „Kapitalismus“. Wir erleben die große Renaissance des rücksichtslosen Kapitalismus', der nur noch Gewinninteressen kennt, weil er seinen Selbsterhalt nicht mehr gefährdet sieht.

Ich denke, hier liegt die wesentliche Ursache für Sozialabbau und zugleich die Ursache für den hartnäckigen Widerstand gegen den Ausbau sozialer Rechte. Hier liegt der wesentliche Grund dafür, dass die Reichen immer reicher und die Armen ärmer werden. Das ist der Grund, warum der klamme Staat es nicht wagt, seine Kassen durch eine stärkere Besteuerung der hohen und höchsten Einkommen wieder zu füllen. Es fehlt der Druck hinter den politischen Entscheidungen.

Es fehlt der Druck, der die Erkenntnis auch bei den Unwilligen beflügelt. Wenn es jemanden gibt, der diesen Druck wieder ausüben könnte....

DANN SIND DAS WIR!

Wir sind heute als demokratische Linke die produktive Konkurrenz zur Marke Kapitalismus. Dafür benötigen wir nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die besseren Argumente. Die haben wir. Leider ist es uns bislang nicht gelungen, dafür zu sorgen, dass genügend Leute das auch bemerken. Wir benötigen mehr Wähler, mehr Anhänger, mehr Umdenken. Wir benötigen dazu eine deutliche Sprache. Wenn der Kapitalismus sich zunehmend auf das nutzlose Kunststück reduziert, mit immer weniger Beschäftigten immer mehr Waren zu produzieren, die sich dann ein Heer an Beschäftigungslosen nicht mehr leisten kann ..., dann muss er sich wohl oder übel mit der Frage auseinandersetzen, ob er überhaupt noch ein zukunftsfähiges Gesellschaftsmodell ist. Ein Wirtschaftssystem unterliegt keinem Selbstzweck. Es hat den gesellschaftlichen Zweck, als Nutzen bei möglichst vielen Menschen anzukommen. Kommt dieses Wirtschaftssystem bei immer mehr Menschen immer weniger an, dann ist es auch immer mehr nutzlos.

Als demokratische Sozialisten stellen wir heute den Kapitalismus erneut vor die Wahl: Nimm unsere Vorschläge an!

Zeige, dass Du Deine ökonomischen Potenz auch wieder dafür verwendest, die sozialen Probleme zu lösen – Dann zeigst Du, dass Du immer noch zukunftstauglich bist. Oder produziere wachsendes Elend und Perspektivlosigkeit – dann werden wir, dann müssen wir mit dem Willen der Wähler und Wählerinnen dafür Sorge tragen, ... dass es endlich jedem Menschen ermöglicht wird,

- in Freiheit,

- in gerecht verteiltem Wohlstand

- und in Würde zu leben.

Ich danke Euch.

Christian Görke

Abgeordneter der Fraktion Die Linke. PDS im Landtag Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte,

Arbeitslosigkeit ist auch in Brandenburg seit Jahren ein Massenphänomen, das aber immer auch den Einzelnen betrifft, so auch Mark aus Premnitz. Mark erhielt im Juli 2002 seinen Gesellenbrief, genau in dem Monat, wo Peter Hartz mit dem damaligen Bundeskanzler Schröder vollmundig die Halbierung der Arbeitslosenzahlen verkündete.

Doch dem jungen Mann blieb das Schicksal der Arbeitslosigkeit nicht erspart. Seine noch kurze berufliche Karriere ist fast schon exemplarisch für junge Brandenburgerinnen und Brandenburger. Vom Ausbildungsbetrieb nicht übernommen, diverse Hilfsjobs, ein kurzes Intermezzo in den alten Bundesländern in seinem erlernten Beruf, doch kurz vor Ende der Probezeit wieder auf der Straße.

So kehrte er in seine Heimat Brandenburg zurück und bildet seitdem eine Bedarfsgemeinschaft mit seiner allein stehenden Mutter seit 2005. Da die Miete knapp 30 € über der festgelegten Obergrenze der KDU-Richtlinie liegt, müssen Mutter und Sohn diese Summe Monat für Monat vom dünnen Arbeitslosengeld II mit abziehen. Ein Angebot vom Integrations- und Leistungszentrum hat er auch schon. Er war für sechs Monate Gehilfe des Hausmeisters in der örtlichen Grundschule. Allerdings ohne Perspektive in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis.

Mark ist kein Einzelfall. 336.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger verschiedener Generationen leben entweder vom Arbeitslosen- oder Sozialgeld. Darunter 66.000 Kinder. 20.000 mehr als noch 2004. 19.000 Langzeitarbeitslose können ihr Arbeitslosengeld II kurzfristig mit einem 1 €-Job einwenig aufbessern. Gleichzeitig gibt es 70.000 Arbeitslosengeld I-Empfänger, über 115.000 Minijobs, 30.000 Midijobs, 29.000 Praktikanten mit Hoch- und Fachschulausbildung in Brandenburg, die teilweise in unentgeltlichen Beschäftigungen arbeiten oder 55.000 Leiharbeiter in - wie Dieter-Scholz, Chef des DGB Berlin- Brandenburg auf der letzten Brandenburgkonferenz sagte - in weit unter Tarif bezahlt werden. Keine unpräkäre Arbeitsverhältnisse überall im Land – egal wo man hinschaut. Und unter diesen Bedingungen haben wir uns auf den Weg gemacht, ein Leitbild zu formulieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser arbeitsmarktpolitisches Ziel lautet: Arbeit, die ein Leben in Würde gewährleistet! Grundbedingung dafür sind aber vor allen Dingen Existenz sichernde Entlohnungen und ich sage es ganz deutlich: Wer Vollzeit arbeitet, muss sich und seine Familie auch davon ernähren können. Ein Beschäftigter im Fleischhandwerk mit 974 € Brutto. Eine Beschäftigte mit 41 Wochenarbeitsstunden im Gartenbau in Brandenburg erhält lediglich einem Bruttolohn von 857 €, das sind 4,71 € pro Stunde. Davon kann man nur schwer leben, geschweige die Familie davon ernähren. Und deshalb ist ein gesetzlicher Mindestlohn auch in Brandenburg längst überfällig und steht eben auch ganz oben auf unserer Agenda im Leitbild für unsere Heimat.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen steuern wir auf eine absurde Situation zu. Wie eine Fachkräftestudie zeigte, werden im Jahr 2010, aufgrund demografischer, aber auch aufgrund der Abwanderung vieler junger Menschen 100.000 qualifizierte Fachkräfte in Brandenburg suchen, wenn Wirtschaft und Politik nicht irgendwann hier gegensteuern. Auf der anderen Seite haben wir eine große Anzahl von Arbeitslosen, darunter sehr viele Jugendliche. Man fragt sich: Wie passt das zusammen? Und da bin ich bei dir Kerstin, du sagst in deiner Einleitung ganz einfach: wer die Ausgaben für Qualifizierungen in Brandenburg seit 2 Jahren fast halbiert, der braucht sich über solche Verwerfungen nicht wundern und genau deshalb haben wir in unserem Leitbild formuliert, eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik in Brandenburg braucht langfristige, verlässliche Rahmenbedingungen für Fort- und Weiterbildung, sowohl für Menschen mit, als auch für Menschen ohne Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch der Start ins Berufsleben, das heißt das Recht auf eine Berufsausbildung, ist hier zu nennen. Tausende Jugendliche in Brandenburg ist das in den letzten Jahren einfach verwehrt worden. Nach der letzten Statistik der Bundesanstalt vom Oktober haben in unserem Land noch 3.960 junge Menschen eine Lehrstelle gesucht. Das ist die größte Ausbildungsplatzlücke seit Bestehen dieses Landes. Aber damit eben nicht genug. Nur ein Drittel aller 32.000 Bewerberinnen und Bewerber in der Region haben einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Viele Jugendliche müssen in überbetrieblichen Ersatzangeboten oder eben in Warteschleifen sich wieder finden. Und das hat Ursachen.

Zum Beispiel: die Deutsche Post, dieser große Weltkonzern, einer der größten Arbeitgeber in der Region Berlin-Brandenburg mit über 11.000 Beschäftigte hat im vorletzten Jahr nur 40 jungen Menschen eine Ausbildungsperspektive gegeben. Oder die Deutsche Bahn: 8.000 Beschäftigte, zweitgrößtes Unternehmen in Brandenburg hat eine Ausbildungsquote von 1,6 %. Aber auch die Metro und andere Großbetriebe bleiben unter der von der Politik geforderten 7 % Ausbildungsquote. Selbst diese so erfolgreiche Landesregierung, gestern hat sie noch den großen Ausbildungspreis für hervorragende Ausbildungstätigkeiten an verschiedene Unternehmen in Brandenburg ausgelobt, ist der schlechteste Ausbilder seit Jahren. Wir haben hier nur noch eine Ausbildungsquote von 3 % und deshalb unterstützen wir auch in unserem Leitbild diese Forderung nach einer Umlage, nach einer Ausbildungsumlage, weil sie gerecht ist und zumindest für die Unternehmen eine Perspektive bildet, die unter schwierigen Zeiten ausbilden und jungen Menschen hier eine Zukunft geben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

zur Untersetzung unseres Leitbildes arbeiten wir derzeit als Fraktion mit externen Fachleuten zusammen, um ein Beschäftigungsprogramm für Brandenburg mit dem Schwerpunkt des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zu erarbeiten. Im Kern steckt dahinter die Zusammenführung der passiven Arbeitsmarktmittel des Arbeitslosengeldes II mit den aktiven Mitteln zusammenzuführen, um zusätzliche, ich sage zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu finanzieren. Folgendes Beispiel für einen allein stehenden Arbeitslosengeld II-Empfänger zur Verdeutlichung: Wir wollen

zusammenführen den Regelsatz 345 € die Unterkunftskosten des Bundes und der Kommune 320 € Das sind alles Zahlen, für Brandenburg schon heruntergerechnet. Die SV-Beträge für Arbeitslosengeld II-Empfänger von 215 €, die Entschädigung für die 1 € Jobber bzw. die Trägerpauschale zusammenführen und das ergibt zumal einen Nettobetrag von 1.201 €

Dieser Betrag soll aufgestockt werden durch einen Eigenanteil des Arbeitgebers, der ja von der Wertschaffung partizipiert oder möglichen Trägers und hinzukommen soll ein Landeszuschuss aus dem ESF pro Person 300 € pro Monat. Und so schaffen wir es, Existenz einen Existenz sichernden Mindestlohn von 1.400 € hier zu formulieren und ihr kennt die Einsatzbereiche, sie sind vielschichtig. Wir haben in Brandenburg im Non-Profit-Bereich zahlreiche Bereiche, wo wir diese Perspektive für einige Langzeitarbeitslose, vor allen Dingen eröffnen können. Uns schwebt vor, in einen ersten Schritt für ca. 4.000 Beschäftigte einen solchen öffentlich geförderten Beschäftigungsarbeitsplatz hier zu initiieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben mit unserem Leitbild ein anspruchsvolles Ziel formuliert. Es kommt jetzt wirklich darauf an, mit einer breiten Öffentlichkeit ins Gespräch zu kommen und vor allen Dingen auch zu qualifizieren. Wir haben die Wahrheit nicht für uns gepachtet und deshalb hoffe ich auf eine fruchtbare Diskussion, denn Mark und alle anderen, haben ein Recht auf eine berufliche Entwicklung auch in Brandenburg und damit sie auch hier bleiben können, sollten wir uns auf den Weg machen.

Vielen Dank

Kornelia Wehlan

Abgeordnete der Fraktion Die Linke. PDS im Landtag Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es ist kein Versehen und auch keine Verlegenheitslösung, dass zu diesem Thema gerade wir Agrarpolitikerinnen der Linkspartei.PDS in die Debatte einführen. Das hat seinen guten Grund: Die Ökologie ist die Lehre von den Wechselbeziehungen zwischen den Lebewesen und der unbelebten Umwelt - wie Klima, Boden, Wasser und Luft. Und in diesem Sinne kommt den ländlichen Räumen mit der Agrarwirtschaft bei der sozialen und ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft eine herausragende Bedeutung zu. In ihnen wird nicht nur der entscheidende Beitrag zur Sicherung der Ernährung geleistet, sondern nahezu ausschließlich werden hier auch die lebensnotwendigen Naturressourcen sowie die Kulturlandschaft geschützt und reproduziert und nachwachsende Rohstoffe erzeugt. Es geht also im ländlichen Raum darum regionale Produktionsprozesse zu entwickeln, die neue Wirtschafts- und Lebensweisen gewährleisten.

Die hochproduktiven Agrarbetriebe in Brandenburg haben dabei ihren festen Platz in unserem Leitbild und können als Motor der regionalen Entwicklung mit dem Aufbau einer regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft in diesen Räumen verbunden werden. Die 6.700 landwirtschaftlichen Betriebe bieten knapp 40.000 Frauen und Männern Beschäftigung und bezieht man den vor- und nachgelagerten Bereich mit ein, dann ergibt sich ein Beschäftigungspotential für 70.000 Menschen. In Zeiten offensichtlich unaufhaltsamer Verlagerungen industrieller Arbeitsplätze ins Ausland sind die Agrarbetriebe mit ihrer Bindung zum Produktionsmittel Boden ein wichtiger Stabilitätsfaktor in Brandenburg, vor allem in den peripheren strukturschwachen Regionen wie Elbe-Elster, Uckermark, Prignitz und Ostprignitz-Ruppin, wo der Anteil der Erwerbsfähigen in der Agrarwirtschaft überdurchschnittlich hoch ist.

Die Reorganisation der ländlichen Gesellschaft muss jedoch auf einer neuen Grundlage erfolgen; eine Rückkehr zur bäuerlichen Idylle wird es dabei nicht geben. Entscheidend ist für Verbraucher und die Umwelt, WIE auf den Äckern und Wiesen und in der Tierhaltung produziert wird. Da in Brandenburg ca. 90 Prozent der Agrarfläche konventionell bewirtschaftet wird, liegt es auf der Hand, dass das schrittweise Durchsetzen höherer Umwelt- und Qualitätsstandards in diesen Betrieben den Verbrauchern wie den Landwirten den größten Nutzen bringt.

Das sollte auch beim Einsatz der begrenzten Fördermittel unter dem Gesichtspunkt der Optimierung des gesellschaftlichen Gesamtnutzens beachtet werden. Einen Spitzenplatz in Deutschland nimmt Brandenburg im ökologischen Landbau ein. Entgegen der Politik der Landesregierung muss diese Produktionsweise, die einen erheblichen Beitrag zum Natur- und Grundwasserschutz sowie zur Gesunderhaltung der Bevölkerung leistet, eine Erweiterungschance haben. Das geht aber nur, wenn die allgemeine Nachfrage nach Bioprodukten weiter steigt. Entscheidend für das Kaufverhalten wird neben dem

Verbraucherbewusstsein die Einkommensentwicklung sein. In erster Linie sind deshalb Marketingstrategien zur Nachfrageerhöhung und bessere Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefragt. Die Entwicklung der Erzeugerpreise für ökologische Erzeugnisse dürfte von deren Produzenten allerdings mit zunehmender Besorgnis gesehen werden, wie der aktuelle Agrarbericht Brandenburg deutlich vermittelt.

Um die Zielmarke der „neuen“ Agrarpolitik von 20 % Bioproduktion in Brandenburg zu erreichen sind neue Finanzierungsinstrumente notwendig. Eine interessante Möglichkeit könnte der Vorschlag des Sachverständigenrates für Umweltfragen beim damaligen Künast-Ministerium im Zusammenhang mit der Umsetzung der FFH-Richtlinie sein, der die Einführung eines ökologischen Finanzausgleiches vorsieht. Dieses Instrument ergänzt den an soziokulturellen Bedürfnissen ausgerichteten Länder und kommunalen Finanzausgleich. Schließlich haben beispielsweise Bundesländer, wie Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg mit ihrer überdurchschnittlichen Naturausstattung, große Aufwendungen für den Naturschutz und erhebliche Nutzungsbeschränkungen. Zugleich sind unsere Länder strukturschwache Gebiete mit geringer Finanzkraft.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In Zukunft muss wieder gelten, dass in der Region sowohl der vor- als auch der nachgelagerte Bereich der Agrarwirtschaft angesiedelt wird. Es geht um die Wiedererlangung regionaler Netzwerke der Nahrungsmittelproduktion, der Veredlungswirtschaft, es geht um die Versorgung von Berlin und zwar nicht aus Bayern und Niedersachsen, sondern mit Produkten aus Brandenburg. Noch viel stärker müssen durch ein abgestimmtes Vorgehen und in Zusammenarbeit der sich gegenseitig ergänzenden Bereiche Landwirtschaft, naturnaher Tourismus sowie Natur und Gewässerschutz für die Region erforderliche Synergieeffekte erschlossen werden. Einzubeziehen sind Projekte lokaler und regionaler Initiativen, die alte Gewerbe neu erschließen und Zeugnisse ländlicher Agrar- und Industriekultur wieder erlebbar machen.

Auch die energetische und stoffliche Verwertung nachwachsender Rohstoffe bietet Chancen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Brandenburg hat eine große Kapazität für die Herstellung von Biodiesel. Erneuerbare Energie und nachwachsende Rohstoffe, die einen hohen regionalen Verbreitungsgrad haben, sind fester Bestandteil künftiger Entwicklungen im ländlichen Raum Brandenburgs und müssen sich stärker daran orientieren künftig auch Massenmärkte mit nachwachsenden Rohstoffen zu bedienen, etwa mit biologisch abbaubaren Schmierstoffen, Faserverbundstoffen, abbaubaren Verpackungen sowie ökologischen Baustoffen.

Gleichermaßen wirkt die Bewirtschaftung der Agrar- und Forstfläche als eine wesentliche Senke für das Treibhausgas CO₂, wobei die Wirkung dieser Senke angesichts der Gefahr einer Klimakatastrophe durch integrierte und ökologische Produktionsformen erhöht werden muss. Es gilt eine gute Balance zu finden zwischen Lebensmittel- und Energieversorgung und einer nachhaltigen Umweltpolitik. Nicht zuletzt ist die ökologisch sinnvolle Bewirtschaftung der Flächen der Land- und Forstwirtschaft entscheidend für die Sicherung der begrenzten

Wasserressourcen und ist längst zu einer Herausforderung unserer Zeit geworden, angesichts der globalen Klimaerwärmung.

Im Unterschied zur Landesregierung, die das Cluster Holz mit ihrem Branchenkompetenzfeld Holzverarbeitung erst sehr spät entdeckt hat, fordert die Linkspartei seit Jahren die Mobilisierung der Holzreserven. Inzwischen kommt es in Folge der gestiegenen Energiepreise zu einer Steigerung des Holzabsatzes, der den Landeswald an die Grenze der Nachhaltigkeit geführt hat. Jetzt rächt sich, dass die Überwindung der nachteiligen Strukturen des Kleinprivatwaldes vernachlässigt wurde. Mehrere tausend Arbeitsplätze mit den entsprechenden vor und nachgelagerten Bereichen könnten entstehen – ein wichtiges Projekt, der Linkspartei, was wir kurzfristig entwickeln wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die ökologische Herausforderung sichert beim Einsatz der richtigen Instrumente Arbeitsplätze, senkt Kosten und hilft der Umwelt – nicht nur im Energiesektor. Für die peripheren strukturschwachen ländlichen Räume Brandenburgs bedeutet das, sich stärker auf ihre spezifischen Potentiale wie Land- und Forstwirtschaft, hohe Umweltqualität und landschaftliche Attraktivität zu konzentrieren. Eine Reihe guter ausbaufähiger Ansätze in Großschutzgebieten zeigen, z. B. im Biosphärenreservat Schorfheide, dass durch die Einbindung des Naturschutzes in die Qualifizierung einer ganzen Region für Erholungs- und Gesundheitszwecke auf betrieblicher wie auf regionaler Ebene neue Tätigkeitsfelder eröffnet werden können.

Dafür haben wir in unserem Leitbild Entwicklungschancen aufgezeigt. Natürlich ist es nicht möglich diese bis in jede Achse herunterzudeklinieren. Ein Beispiel: Wenn wir vom Naturschutz als Wert an sich sprechen, davon, dass technologische Innovation vorangetrieben werden muss, um ressourcen- und umweltschonende Produktionsverfahren und Produkte zu entwickeln, dass die Landwirtschaft in besonderer Weise Verantwortung trägt, sind damit gleichermaßen Positionen gesetzt für unsere ausgesprochen kritische Sicht auf die „Grüne Gentechnik“. Das schließt unser Engagement für gentechnikfreie Zonen ein – wie Aktivitäten der Linkspartei. PDS in Eberswalde und in den Landkreisen Oberhavel, Potsdam Mittelmark, Barnim und Teltow-Fläming zeigen.

Diese Debatten, Genossinnen und Genossen aber, sollten wir noch viel stärker nutzen, um uns mit der scheinheiligen Politik der Grünen auseinander zusetzen. Trotz ihrer verbalen Ablehnung der Risikotechnologie Grüne Gentechnik ist mit Frau Künast in der Regierung Schröder die EU – Beschlussfassung und damit die Akzeptanz des Freihandels erst ermöglicht worden. Mit diesem Beschluss ist Deutschland den Zwängen der WTO-Regeln ausgeliefert, wonach einem Produkt der Marktzugang nicht verwehrt werden darf, wenn dafür keine ausreichende wissenschaftliche Begründung vorliegt. Die Forderung des BUND und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft nach Abbruchkriterien für die Freisetzung und den Anbau von GVO, wenn sich die Koexistenz in der Praxis als nicht möglich erweist und tatsächliche ökonomische und ökologische Schäden entstehen unterstützen wir - ebenso eine uneingeschränkte Transparenz und einen Haftungsfonds, der in erster Linie durch die GVO-vertreibenden Konzerne zu finanzieren ist. Aus einem solchen Fond müssten auch die

Zusatzkosten getragen werden, die besonders Ökobetrieben bei der Sicherung ihrer Gentechnikfreiheit entstehen.

Kirsten Tackmann

Stellvertretende Landesvorsitzende der Linkspartei. PDS Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es ist zunächst einmal sehr erfreulich, dass sich das Leitmotiv „Die ökologische Herausforderung als Chance“ als 4. in der Liste findet. Das ist auch in einem Linksparteipapier nicht oder noch nicht wieder selbstverständlich! Manchmal ärgere ich mich ein bisschen, dass wir dieses Thema manchmal den Grünen was kampflos überlassen. Das hat aber auch damit zu tun, dass wir uns selbst bei diesem Thema nicht ernst nehmen. Ein „ökologisches Brandenburg“ hätte uns wahrscheinlich kaum jemand zugetraut. Umso besser ist es, dass wir jetzt diesen schönen Anlass haben, darüber zu diskutieren! Für diese Diskussion ist es aus meiner Sicht wichtig, gerade die Konfliktfelder deutlich zu machen, bei denen die Diskussion ja erst richtig spannend wird.

Stellen wir uns der Frage, welche Konsequenzen es konkret für dieses Land hat, wenn wir „die fossilen Energieträger und Grundstoffe in wachsendem Maß durch ökologisch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe ersetzt werden“ müssen, wie es im Leitbildentwurf heißt. Wenn dort gar ein Programm „B 100“ für denkbar gehalten wird – also die energetische Gesamtbilanz auf 100% ökologisch erneuerbare Energie umzustellen? Dazu ist schließlich nicht nur ein Einstiegsszenario notwendig, sondern auch ein Ausstiegsszenario für die Regionen, die zurzeit noch von der Braunkohle leben. Was heißt es konkret, Brandenburg „ökologisch zu modernisieren“ – was gehört alles dazu? Was heißt es für die noch störungsarmen Gebiete, wenn wir im Leitbild den naturverträglichen Tourismus als großes Potential ansehen, das noch erschlossen werden soll? Welche Konsequenzen hat es, wenn jenseits der polnischen Grenze über den Bau eines neuen Atomkraftwerkes nachgedacht wird?

Die AG Umwelt beim Landesvorstand hat sich im Vorfeld zum Parteitag ein ganzes Wochenende in Zempow Zeit genommen, um mit dem Landesvorsitzenden und Bundestags- bzw. Landtagsabgeordneten einen Katalog dieser Spannungsfelder zu formulieren. Und das fantastische war, dass dieses Wochenende gezeigt hat, wie spannend eine solche Diskussion sein kann. Das Ergebnis liegt diesem Parteitag meines Wissens schriftlich vor. Ich hoffe es dient als große Inspiration für die Debatte! Ich möchte trotz Kürze der Zeit einige Aspekte vorstellen. Der Klimawandel ist unterdessen nicht nur unbestritten, er beschleunigt sich. Aber was hat der Klimawandel mit dem Leitbild für Brandenburg zu tun? Er hat schwerwiegende und immer deutlich erkennbarere konkrete Folgen, gerade für das Land Brandenburg.

Denn es steht ernsthaft die Frage im Raum, ob zukünftig auf den trockenen, ohnehin eher ertragsarmen Böden die Agrarwirtschaft überhaupt noch eine Rolle spielen kann. Die regional sehr hohen Ertragsausfälle von 2003 und 2006 zeigen das Risiko. Experten des ZALF arbeiten bereits an Modellen, mit denen sie die Folgen des Klimawandels für den Brandenburger Ackerbau und die Viehzucht analysieren und effektive Anpassungsstrategien entwickeln und prüfen können. Manche Entscheidung muss nämlich jetzt fallen, wenn wir

zukünftig Anpassungsstrategien anwenden wollen. Wenn wir z. B. trockenheitsresistente Sorten bestimmter Nutzpflanzen brauchen, müssen wir jetzt die Züchtung intensivieren.

Vielleicht müssen wir auch über völlig neue Kulturpflanzen nachdenken, die mit so veränderten Witterungsbedingungen besser auskommen? Uralte Kultursorten anderer Kontinente werden so vielleicht auch für uns interessant. Damit müssten wir aber schon jetzt Erfahrungen sammeln. Das heißt auch, dass wir dringend Agrarforschungskapazitäten brauchen, die sich mit diesen drängenden Fragen beschäftigen. Das steht im Leitbildentwurf und ist angesichts der geplanten Kürzungen in diesem Bereich besonders wichtig. Brandenburg sollte vielleicht zum Anpassungsstrategie-Erprobungsland werden? Neben der Entwicklung von Anpassungsstrategien ist natürlich die eigentlich wichtigere Frage: können wir diesen Klimawandel noch stoppen oder wenigstens bremsen?

Dabei spielt natürlich die Energiewende eine zentrale Rolle. Das wir die fossile Energieerzeugung so schnell wie möglich durch erneuerbare Energien ersetzen müssen ist unterdessen fast Lehrbuchwissen. Über die große Chance mit erneuerbaren Energien als neue Quelle für Erwerbsmöglichkeiten in den ländlichen Räumen hat Kornelia Wehlan ja bereits gesprochen. Energieerzeugung und Energienutzung kann damit zudem räumlich so nah beieinander sein, dass Überleitungsverluste deutlich minimiert werden können. Gerade in Brandenburg produzieren immer mehr landwirtschaftliche Betriebe bereits den Biodiesel selbst für den eigenen Bedarf und regionale Speditionen oder ihr eigenes Biogas. Die Biokraftsteuerepolitik der aktuellen Bundesregierung aber bremst unterdessen die aufkeimende Euphorie in dieser Branche. Das zeigt, dass die politischen Rahmenbedingungen sehr wohl deutlichen Einfluss haben auf die regionalen Entwicklungen. Hier mit negativen Folgen.

Natürlich wird auch immer wieder die grundsätzliche Frage gestellt: können wir mit erneuerbaren Energien wirklich die Selbstversorgung sichern? Welche Konsequenzen hätten zum Beispiel die großen Ertragsschwankungen aufgrund von Witterungsverhältnissen oder Schädlingswirkung? Bei diesem Thema müssen wir zudem ganz neue Fragen beantworten. Zum Beispiel die nach der Flächenkonkurrenz zwischen Energie- und Nahrungsmittelpflanzenanbau. Und daraus abgeleitet: wollen wir eine regionale Versorgung mit Grundnahrungsmitteln erhalten oder verlassen wir uns dabei auf die internationale Arbeitsteilung? Oder die Frage ob die steigende Tendenz zu Raps- oder Maismonokulturen nicht der touristischen Entwicklung im Wege stehen könnte. Brauchen wir ein Zertifizierungssystem, mit dem gesichert wird, dass die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen wirklich ökologisch erfolgt und nachhaltig ist. Wie stehen wir dazu, auch Getreide oder tierische Fette zur Energiegewinnung zu verwenden? Wie sichern wir, dass die Wertschöpfung aus dem Anbau erneuerbarer Energien auch in der Region bleibt? Dass nicht nur die Primärprodukte in den Regionen auch verarbeitet werden, sondern auch die Technologieentwicklungsbranche Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen schafft?

Oder regionale Wirtschaftskreisläufe. Sie sind aus ökologischer Sicht sicher sehr wichtig. Aber sind sie in Zeiten eines globalisierten Handels und einer ausgeprägten internationalen Arbeitsteilung überhaupt noch denkwertig? Oder sind sie sogar gerade jetzt aktueller denn je, weil Transportkosten immer deutlicher steigen und damit eine größere wirtschaftliche

Relevanz haben – ökologisch waren sie immer schon problematisch. Und, um noch zu einem letzten Spannungsfeld zu kommen: Wie halten wir es mit der Agro-Gentechnik? Ist es, wie die Befürworter vor allem in der FDP und der CDU sagen, nur eine moderne Art der Pflanzenzüchtung? Sie sprechen auch nicht von genveränderten oder genmanipulierten Sorten, sondern von „genverbesserten“ Sorten.

Welche Konsequenzen hat es, wenn GVO angebaut werden? Wir hatten diese Woche im Bundestagsausschuss für „Essen und Trinken“ eine Anhörung zum Thema „Gute landwirtschaftliche Praxis“ bei Agro-Gentechnik – also zur Frage, wie können wir die Koexistenz von Anwendern und Nichtanwendern sichern. Die Mehrzahl der Expertinnen und Experten gaben sehr skeptische Prognosen ab. Es gibt zu viele Verschleppungsmöglichkeiten, die kaum kontrolliert werden können. Pollen werden über Insekten und Wind verbreitet, Erntegut verbleibt im Boden oder in der gemeinsam genutzten Erntetechnik. Es gibt Transport- und Lagerungsverluste usw. Eine Verschleppungsvermeidung ist sehr teuer, eine lückenlose Überwachung kaum möglich, die Nachweistests sind sehr unsicher. Der von uns benannte Experte sagte, wenn jetzt eine Auskreuzung von GVO-Raps in eine Wildpopulation stattfände, würde das frühestens 2050 nachgewiesen! Vor diesem Hintergrund fragte ich die Expertenrunde, welchen Nutzen sie denn den gesundheitlichen und ökologischen Risiken durch diese Pflanzen entgegenstellen würden. Sie blieben die Antwort schuldig.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe, diese Fragen regen dazu an, sich um dieses, um unser Brandenburg einen Kopf zu machen und nicht Beiseite stehen zu bleiben und sich mit der Beobachtung und Kommentierung des Geschehens zu begnügen!

Ralf Christoffers

Abgeordneter der Fraktion Die Linke. PDS im Landtag Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

um diese Zeit über ein Thema reden zu wollen und zu müssen und auch zu können – hoffe ich jedenfalls – so ein Thema, wo jeder sowieso glaubt, dass er nicht genug Geld hat – schon gar nicht unsere Kommunen – ist nicht einfach. Trotzdem glaube ich, dass Linke Politik die Verpflichtung hat, stärker als jemals zuvor, deutlich zu machen, dass solide Haushalte unter Umgang mit öffentlichen Finanzen zum Kernbereich des Selbstverständnis linker Politik gehören, weil letztendlich Überzeugungen, Vertrauen, auch in Politik von Parteien, nur dadurch entsteht, wenn man das, was man vorschlägt tatsächlich auch finanzieren kann. Dazu sitzt die Erfahrung 16 Jahre nach der Wende in Ostdeutschland viel zu tief und es ist ein Kernstück um ihr politisches Vertrauen generieren zu können.

Insofern berührt also dieses Thema das Selbstverständnis unseres Leitbildes solidarisch, aktiv, Leute, Menschen, Akteure zu animieren, hier mit uns gemeinsam zu streiten, tatsächlich als ein Querschnittsbereich. Vielleicht darf ich zunächst damit beginnen, dass ich versuche einmal den Zusammenhang zwischen demografischer Entwicklung und Finanzen herzustellen. Demographie wird in Deutschland oft als ein Synonym für Bevölkerungswissenschaft gebraucht. Bevölkerungswissenschaft ist die Wissenschaft, die im Prinzip die Ursachen, die Konsequenzen aus Entwicklungen, wie Wanderung und Sterberaten und ähnliches untersucht. Demographie ist eigentlich das Instrument dieser Wissenschaft, weil es letztendlich genau diese Entwicklung einfach nur abbildet.

Insofern haben wir heute eine Situation, im Gegensatz zu den Jahren 1989 – 1990 - 1991, wo demografische Entwicklungen nicht nur aufgrund von Annahmen, die hätten eintreten können, wenn die Wende anders gestaltet worden wäre, sondern wir gehen heute von realen Entwicklungen 16 Jahre nach der Wende aus und haben hier eine relativ hohe Prognosesicherheit und diese Prognosesicherheit in Brandenburg lautet, dass im Jahre 2030 etwa 364.000 Einwohner weniger haben. Dass wir – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in fast allen Gemeinden und Landkreisen mit einem Einwohnerschwund rechnen müssen, dass wir mit einer Zunahme der Altersstruktur – Gott sei Dank werden wir alle älter – rechnen müssen und vor allen Dingen, dass wir auch unter einer Abnahme der Relation von Beschäftigten zu Rentnern rechnen müssen und gegenwärtig eins zu vier auf zwei zu drei im Jahre 2030. Und wir haben einen Schnitt im Jahre 2010, wo sich beginnt, diese Entwicklungstendenzen massiv in einigen Landkreisen und Gemeinden zu zeigen.

Wir haben etwa neun Gemeinden im Land Brandenburg, die in diesem Zeitraum bis zu 30 % weniger Bürgerinnen und Bürger haben werden. Das heißt also, die demografische Entwicklung zwingt uns, Politikangebote zusammenzubinden, um Perspektiven in diesen Räumen tatsächlich erschließen zu können, weil in den Verhältnis, oder in unserem Umgang – dem politischen Umgang mit demografischen Entwicklungen – greifen wir ein in mehrere Grundsätze der politischen Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland.

Natürlich hängt der Generationsvertrag davon ab, welche Perspektive ältere Menschen an den Orten haben, wo sie wohnen. Natürlich hängt der Generationsvertrag davon ab, wie es uns gelingt, Perspektiven in Arbeit tatsächlich zu gestalten und natürlich hängt der Generationsvertrag – und damit letztendlich auch die soziale Stabilität der Bundesrepublik Deutschland – davon ab, dass in den Regionen eigenständig entschieden werden kann, also selbstständig entschieden werden kann, wofür sie zur Verfügung stehende finanzielle Fonds tatsächlich ausgeben müssen und sollen. Das heißt wenn wir über Demographie reden, reden wir nicht über einen Angstfaktor, sondern wir reden über eine politische Herausforderung an die Linken und wir reden noch über ein zweites Merkmal: das erste Mal – zumindest nach meiner Kenntnis – dass erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik haben Linke eine Chance.

Nicht nur ihre Verteilungskompetenz, die uns unbestritten alle zueignen, wenn Geld da ist, wissen wir schon auszugeben. Nicht nur unsere Verteilungskompetenzen unter Beweis zu stellen, sondern wir können mit unseren Vorschlägen zu Neustrukturierungen der Finanzen und des Umgangs mit ihnen auch in den unmittelbaren Wertschöpfungsprozess dieser Gesellschaft eingreifen, in dem wir mit entscheiden oder Mehrheiten versuchen herzustellen, darüber entscheiden zu können, wofür diese Mittel eingesetzt werden können. Deswegen ist die Debatte Demographie, Finanzen und Umbau der Förderstruktur des Landes Brandenburgs tatsächlich eines der Querschnittsthemen und eines der zentralen Anliegen hier im Leitbild.

Zu Finanzen würde ich vielleicht auf vier Punkte aufmerksam machen:

Der erste Punkt ist: Es ist das letzte Mal, dass wir bis 2013 mit einem so hohen Zuwendungsbereich der Europäischen Union rechnen können. Ab 2009 gehen die Bundeszuweisungen im Solidarpakt II massiv zurück und das Berliner Urteil ist für uns auch deswegen so relevant, weil es die Diskussionen über die Verteilung der Finanzen, Bund, Länder unmittelbar berührt. Von den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland werden nur noch 3 – 4 in vier bis fünf Jahre verfassungskonforme Haushalte aufstellen können. Jeder kann sich doch ausrechnen, dass die Debatte, wohin fließen welche Mittel, massiv an politischer Schärfe zunehmen wird. Insofern also haben wir als Linke die Pflicht, hier die Zeit zu nutzen und die Debatte über die Instrumente, mit denen das Geld und wofür das Geld tatsächlich gegeben wird einzugreifen und dazu gibt es Zweitens eine ganze Reihe positive Ansätze im Leitbild und in Umsetzung der bisherigen Diskussion zum Leitbild, auch in den Vorschlägen zur Haushaltsberatung in 2007. Davon will ich zwei nennen:

1. Wir schlagen zum Beispiel vor, dass wir zunehmend von der unmittelbaren Förderung – also von den Zuschüssen - hin zu Darlehen gehen. Darlehen haben den Vorteil, sie fließen wieder zurück und Darlehen kann man an Konditionen binden, dass der Rückfluss zum Beispiel bei der Erreichung eines Arbeitsplatzziels, minimiert wird, als einen zusätzlichen Anreiz. Wir hätten damit eine Chance über die Rückflüsse, ab dem Jahre 2009 - 2013 über Geld zu verfügen, Sozial- und Wirtschaftsförderung in ländlichen Räumen, in Städten, in Kommunen als auch im Bereich der Wirtschaft tatsächlich aufrecht zu erhalten. Das setzt aber die Grundsatzentscheidung voraus, dass wir im Jahr 2007 tatsächlich diese Fonds einrichten, um hier ein Stückweit Sicherheit in den Ansätzen hinzubekommen.

2. Konni sprach vorhin von der Entwicklung des ländlichen Raums. Der ländliche Raum ist nach der Europäischen Förderarchitektur weder für all die die durch die ILA so genannte ILA-Verordnung unterstützt. Die unterstützt nicht nur die landwirtschaftliche Primärproduktion, sondern sie unterstützt auch die gesamte Breite der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und weil das so ist, treten wir dafür ein, dass die Zersplitterung zwischen Wirtschaftsförderung, Landwirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung aufgehoben wird und die Schnittstellen, die möglich sind, da verschiedene finanzielle Fonds tatsächlich gebündelt wird, weil dann haben wir trotz zurückgehender Mittel mit einem anderen inhaltlichen Ansatz die Chance, genau diesen Rückgang der öffentlichen Mittel von Bundes- und Europäischer Ebene zumindest teilweise zu kompensieren.

Vielleicht darf ich noch auf ein weiteres Problem aufmerksam machen:

Politik ohne Grundsätze ist beliebig. Aber Grundsätze ohne Realpolitik wird zur Farce, weil natürlich nur das Vorhertragen von Grundsätzen Niemanden überzeugt und wir alle sind wahlkampfgestählt genug, um zu wissen, dass die Fragen, die auf uns zukommen nicht in erster Linie Fragen über unsere Grundsätze sind, sondern für die Fragen: Wie wollen wir sie umsetzen?

Und weil das so ist, werden wir die Debatte über die Instrumente zur Umsetzung einer sozialgerechteren und wirtschaftlich vernünftigeren Politik in Brandenburg mit der Landesregierung führen. Aber auf einem umgekehrten Weg als sie es bisher getan haben. Die Landesregierung hat uns ein Leitbild vorgesetzt und hat dann entschieden, die Debatte ist zu Ende, hat dann den Haushalt eingebracht und hat damit jede weitere Diskussion unmöglich gemacht, weil sie zum Beispiel über das Finanzausgleichgesetz festgelegt haben, welche Städte kriegen Geld und welche nicht? Wir gehen genau den umgekehrten Weg, wir sagen, wir wollen mit den Akteuren reden, um daraus ableiten zu können, in welche Regionen mit welcher Zielstellung die neu konzipierten Instrumente eingesetzt werden.

Was jetzt möglicherweise etwas theoretisch klingt hat aber den Hintergrund, dass wir schlicht und ergreifend ein anderes Gesellschaftsbild haben, was wir an diesem Leitbild und natürlich auch in der Debatte damit, versuchen umsetzen zu werden und uns ist dabei allen bewusst, auch wir können das Geld nur ausgeben, was da ist. Und so sehr ich mir wünsche, dass unsere Vorstellungen auf Bundespolitischer Ebene umgesetzt werden, ich befürchte in den nächsten 10 oder 15 Jahren werden wir dazu nicht ganz die politische Mehrheit erreichen.

Die Erwartungshaltung uns gegenüber ist aber auch hier für das Land hier und heute Lösungen anzubieten und wir wissen, dass bis zum Jahr 2009/2010 die öffentlichen Zuweisungen um rund 1. Mrd. € zurückgehen werden. Und das muss uns keine Angst machen. Das muss uns dazu bringen, uns zu konzentrieren – viel stärker als in der Vergangenheit – über eine veränderte, inhaltliche Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Land, Kommunen innerhalb der einzelnen Politikbereiche in der Konzentration des Mitteleinsatzes dazu zu kommen, dass wir die Ansätze – von den wir meinen, dass sie positiv sind – nur für die sozial- und wirtschaftliche Entwicklung notwendig sind, tatsächlich auch umgesetzt werden können. Und wie gesagt, wir haben die Chance und ich halte es für einen einmaligen Vorgang in der Bundesrepublik Deutschland als Linke mit dieser Diskussion in

das Verhältnis von Verteilung und Wertschöpfung in dieser Gesellschaft einzugreifen. Wenn wir diese Chance nicht nutzen, dann sind wir selbst daran Schuld, das würde uns politikunfähig machen – die Gefahr sehe ich aber nicht -, weil wir auf eine Tradition zurückgreifen können – nicht nur in Brandenburg, sondern in vielen Bundesländern, wo diese Diskussion und diese Vorschläge von linker Seite, als linker Politikansatz auch schon Tradition haben.

Gerd-Rüdiger Hoffmann

Abgeordneter der Fraktion Die Linke. PDS im Landtag Brandenburg

Kulturland Brandenburg? Leitbilddebatte und die Aufgaben linker Kulturpolitik

Dobry Āeň, witajoeo do nas!

Guten Tag und herzlich willkommen!

Ein herzliches Willkommen in der Niederlausitz, der Region der zwei Kulturen – der sorbischen (wendischen) und der deutschen.

Ich bin sehr froh, dass wir euch in unserem Entwurf eines Leitbildes für Brandenburg als Landtagsfraktion klare Aussagen zu den Sorben (Wenden) vorweisen können. Damit sind wir die einzigen auf dem gegenwärtigen Markte der Leitbilder, die zu den Sorben (Wenden) in unserem Land überhaupt etwas sagen. Für unsere Fraktion - und ich denke, das gilt für die gesamte Landespartei – steht fest, dass die Förderung der sorbischen (wendischen) Kultur und Sprache ein Gewinn für alle im Land Brandenburg ist, für die Sorben (Wenden) und für die Deutschen. Hier rund um Cottbus haben wir mindestens zwei Kulturen. Oder auch anders gesagt: Hier geht es multikulturell zu.

Ich bin auch froh, dass Kultur und Kulturpolitik im Entwurf unseres Leitbildes angemessen berücksichtigt sind. Elke Löwe wies bereits darauf hin. Wer den Entwurf unseres Leitbildes für Brandenburg gelesen hat, bemerkt zuerst, dass es natürlich ein Kapitel „Kulturland Brandenburg“ gibt. Und es wird hoffentlich zu merken sein, dass es sich bei diesem Dokument insgesamt um ein kulturpolitisches Programm handelt. Kultur ist integraler Bestandteil des Konzeptes, das wir in der Landtagsfraktion erarbeitet haben. Denn es geht darum, was das Leben in diesem Land zukünftig ausmachen soll. Das ist für mich Kultur.

Es war nur logisch, dass sich ein Kulturforum der Linkspartei mit dem spannungsreichen Verhältnis von Arbeit und Kultur in Senftenberg beschäftigt hat, in einer Region also, die selbst voller Spannung ist. Dort ging es selbstverständlich um einen weiten Kulturbegriff, bei dem eben Kultur nicht das ist, was erst nach der Arbeit kommt. Ich knüpfe daran an, was Helmuth Markov gesagt hat. Ja, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen zusammengebracht werden. Wer das aber will, muss in aktiver Art und Weise Kulturpolitik betreiben. Kultur und Kulturpolitik sind nämlich nicht nur Ressort, sondern Klammer für ein ganzheitliches Agieren, bei dem der Mensch im Mittelpunkt bleibt.

Wir werden uns darauf vorbereiten müssen, gegen eine „Verrechtlichung“ und „Vergeldlichung“ von Kulturpolitik energischer vorzugehen. Das kann nicht Angelegenheit nur der Kulturspezialisten sein. Zahlreiche Debatten, auch eine Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Landtag, zeigten, dass ernsthaftes Betreiben von Kulturpolitik fast immer links angesiedelt ist. Wer sich mit Kulturpolitik beschäftigt, hat es mit einflussreichen Multiplikatoren zu tun, was auch in Wahlkämpfen von Bedeutung ist. Das Thema Kultur ins Grundgesetz ist nicht beendet, wenn auch eine Mehrheit im Landtag einen

entsprechenden Antrag unserer Fraktion abgelehnt hat. Übrigens hat das SPD-Kulturforum einen Aufruf gestartet, sich für die Verankerung von Kultur im Grundgesetz einzusetzen.

Ich bin Mitunterzeichner dieses Aufrufs. Im Landtag Brandenburg hat aber auch die SPD unseren Antrag geschlossen abgelehnt. Die Bestandssicherung kultureller Einrichtungen wird sich zunehmend schwieriger gestalten, weil immer mehr kulturelle Einrichtungen des Landes wegen der angespannten Haushaltslage gegeneinander ausgespielt werden können. Deshalb ist besonders während der Haushaltsdebatte immer eine Gesamtschau auf das Land Brandenburg herzustellen.

Schwerpunkte werden Kultureinrichtungen sein müssen, die eine entsprechende Signalwirkung nach außen haben; zum Beispiel der Theater- und Orchesterverbund, die Kulturstiftung Cottbus, Theaterverträge Senftenberg und Schwedt, Musikakademie Rheinsberg, das Filmorchester Babelsberg, Musikschulen sowie lokale Einrichtungen, die für das soziale Klima der Region unverzichtbar sind.

Unser Bestreben muss dahin gehen, ein Bewusstsein zu entwickeln, dass Veränderungen wie Abwanderung und überhaupt sinkende Einwohnerzahlen nicht zwingend weniger Kultur erfordern, sondern die Bedeutung der Kultur mit ihren bildenden und sozialen Funktionen wachsen wird. Es geht letztlich nicht um die Frage, ob wir uns unter diesen Bedingungen noch Kultur (gemeint sind künstlerische Einrichtungen) leisten können, sondern welche größeren und komplizierteren Aufgaben Kultur zu leisten hat. Weiterhin werden Aspekte wie Kultur als Wirtschaftsfaktor, als Standortvorteil und Künstlerinnen und Künstler als Konsumenten eine größere Rolle spielen müssen.

Interkulturelle Aspekte sind von uns stärker zu betonen, da sie sonst gar nicht Thema werden.

Drei Aufgaben sehe ich, die linke Kulturpolitik zu leisten hat, wenn wir unser Leitbild erarbeiten wollen:

Erstens, Arbeit auf einer programmatischen Ebene, auf der zu bereden sein wird, dass erfolgreiche linke Politik immer auch Kulturpolitik war. Anders gesagt, linke Politik wird erfolgreich sein, wenn sie intellektuelles Ereignis ist. Das heißt für mich, sich eben nicht nur in tagesaktuelle Drucksachen zu versenken, sich den Sachzwängen zu beugen, sondern über den Tag hinaus das spannungsgeladene Verhältnis von gegenwärtigem Zustand, angestrebten Zielen und dem jetzt und zukünftig Machbaren zu gestalten. Das ist Arbeit, nicht abgehobenes Aufschreiben von Texten in der Hoffnung, dass die Wirklichkeit sich dann danach richten werde.

Zweitens ist Kulturpolitik wichtig im Prozess der Bildung einer neuen Linken. Hier bin ich sehr optimistisch, weil am vergangenen Wochenende zum Kulturforum der Linkspartei in Senftenberg eine beispielgebende Diskussionskultur erreicht werden konnte. Es war nie wichtig, ob Sätze von einem WASG-Mitglied, einer Expertin oder von Abgeordneten der Linkspartei.PDS gesagt wurden. Die Argumente zählten. Nicht Identitäten mit Abzeichen, Fahnen und Lieblingsbegriffen prallten aufeinander, sondern die gemeinsame Arbeit an gemeinsam erkannten Problemen stand im Mittelpunkt. Dieses Herangehen der Kulturarbeiter könnte lehrreich sein für Verhandlungen zwischen Parteien und ihren Apparaten.

Drittens hoffe ich, dass kulturpolitische Debatten über das Leitbild eine bildende Funktion in die Partei hinein erfüllen können. Denn – wie in anderen Parteien auch – Kulturpolitik wird noch zu oft als Ressort behandelt, um das wir uns erst kümmern können, wenn die „grundlegenden Aufgaben“ erfüllt sind. Aber Kultur ist eben nicht nur Kulturprogramm oder jeder zweite Herzschlag des Lebens und auch nicht das Salz in der Suppe. Kultur ist die gut gesalzene Suppe selbst und umfasst auch die Verhältnisse, die darüber entscheiden, ob und welche Suppe wem geboten wird und ob der Wein für alle reicht.

Herausgeber: V.i.S.d.P.: Thomas Nord

Redaktionelle Bearbeitung: Reinhard Frank; Landesgeschäftsstelle Potsdam

Auflage: 500 Stück

Format: A5, 49 Seiten, 3.000 Zeichen pro Seite

Layout des Umschlages: Trialon